

Simon, Gregor - Stadtverordneter
Weihmann, Martin - Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher
Winter, Lydia - Stadtverordnete

Magistrat:

Bürgermeister Maier
Erster Stadtrat Dr. Vonderheid
Hahl, Herbert – Stadtrat
Hinz, Peter - Stadtrat
Hofmann, Margareta - Stadträtin
Krotz, Christiane - Stadträtin
Marconi, Pietro - Stadtrat
Schlatter, Hans - Stadtrat
Wittgruber, Otmar - Stadtrat

Verwaltung:

Becher, Uwe
Gross, Beate - Schriftführerin von TOP 13 – 15
Hahl, Werner
Hecher, Rolf
Markert, Sibylle - Schriftführerin von TOP 1 - 12
Meister, Hans
Nickel, Stefan
Schahn, Hans-Joachim
Scherer, Wolfgang
Schmidt, Ulrich
Vilgis, Sabine

Entschuldigt fehlen die Stadtverordneten D. Brechenser, E. Ehret, W. Kühn, R. Ohl, R. Riesner, W. Schmitt, E. Stöwesand sowie Stadtrat G. Bauer.

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die heutige Sitzung und stellt vor Beginn der Beratungen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
 - 1.1 der Stadtverordnetenvorsteherin
 - 1.2 des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses
 - 1.3 des Vorsitzenden des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses
 - 1.4 des Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Jugend und Senioren
 - 1.5 des Magistrats
 - 1.5.1 Magistratsbericht für die Zeit vom 16.12.2006 bis 23.02.2007
 - 1.5.2 104. vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2005: Mittlere Städte" durch den Hessischen Rechnungshof - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften -
 - 1.5.3 Beantwortung der Anfrage des Stadtv. Kirsch vom 15.12.06 bezüglich der Belegung von Kindergartenplätzen

- 1.5.4 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006;
hier: Anfragen Nr. 3, 4 und 5 des Stadtverordneten Simon bzgl. Lärmschutz
- 1.5.5 Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 - Anfragen Nr. 3,4 und 5 des
Stadtverordneten Simon bezgl. Lärmschutz
- 1.5.6 Stadtverordnetenversammlung, 15.12.2006
TOP Nr. 2.1
Anfrage des Stadtv. Hahn bzgl. Sachstand "Rosenstock III"
- 1.5.7 Anfrage des Stadtv. Simon bezügl. eines Konzeptes zur Energieeinsparung
Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006, TOP 6/2.2
- 1.5.8 Netzwerk "Null Toleranz bei Gewalt"
- 1.5.9 Baubeginn der K 3
- 1.5.10 Ableben des ehem. Stadtverordneten Christoph Greiff
- 1.6 der Ortsvorsteher
2. Anfragen an den Magistrat
- 2.1 Anfrage des Stadtverordneten Bittner bzgl. der Straßenmarkierungen in den Kreuzungsbereichen Eleonorenstraße/Peterstraße und Eleonorenstraße/Friedhofstraße
- 2.2 Anfrage des Stadtverordneten Simon in der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 bzgl. eines Konzeptes zur Energieeinsparung
- 2.3 Anfrage des Stadtverordneten Kirsch bzgl. der Altlastensanierung in Neuschloß - Sanierung der Leitungstrassen im Straßenbereich
3. Bildung eines Seniorenbeirates
4. Bebauungsplan „Andreasstraße / Königsberger Straße / Burgunderstraße / Danziger Straße“(Nr. 100);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss
5. Bebauungsplan "Burgunderstraße / Königsberger Straße / Hohenzollernstraße / Danziger Straße" (Nr. 101);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss
6. Bebauungsplan "Hohenzollernstraße / Königsberger Straße / Bürstädterstraße / Danziger Straße" (Nr. 102);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss
7. Bebauungsplan " Roonstraße, Wilhelm - von - Ketteler - Straße, Beethovenstraße, Hagenstraße" (Nr. 103);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan "Rheinlüssen II"
Billigung des Bebauungsplanentwurfes mit Planzeichnung, Satzungstext, Umweltbericht und Begründung als Voraussetzung für die Offenlage
9. Bebauungsplan "Rheinlüssen II"
Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der SEL GmbH & Co. KG
10. Übernahme von Ausfallbürgschaften für die Stadtentwicklung Lampertheim GmbH & Co. KG gemäß § 104 HGO
11. Entwässerungssatzung
12. Beratung und Beschlussfassung
- 12.1 der Anträge zum Haushaltsplan

- 12.2 der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007
- 12.3 des Finanzplanes für das Jahr 2006 - 2010
- 12.4 des Investitionsplanes 2006 - 2010
- 12.5 des Waldwirtschaftsplanes
- 12.6 Haushaltssicherungskonzept (HSK) der Stadt Lampertheim für die Jahre 2007 bis 2011 ff.
- 13. Dritter Nachtrag zur Abfallsatzung
- 14. Benennung einer Straße im Stadtteil Hofheim
- 15. Antrag der SPD-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution für den Erhalt eines ausreichenden Fahrtenangebotes auf der Bahnstrecke Frankfurt-Biblis-Lampertheim-Mannheim

1. Mitteilungen

1.1 der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Stadtverordnetenvorsteherin teilt mit, dass für den Stadtv. W. Schmitt eine Genesungskarte angefertigt wurde und sie bittet die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, diese im Laufe der Sitzung zu unterschreiben.

Anschließend gratuliert sie den Stadtverordneten F. Korb, S. Hartmann, C. Kunz, B. Appelt, N. Koenig, Dr. E. Krahé, W. Kirsch und den Stadträtinnen C. Krotz, M. Hofmann sowie den Stadträten H. Schlatter und O. Wittgruber nachträglich zu deren Geburtstag

1.2 des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.3 des Vorsitzenden des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.4 des Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Jugend und Senioren

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.5 des Magistrats

1.5.1 Magistratsbericht für die Zeit vom 16.12.2006 bis 23.02.2007

Der Magistratsbericht ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.

- 1.5.2 104. vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2005: Mittlere Städte" durch den Hessischen Rechnungshof - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften -**
- Die Mitteilungsvorlage des FB 20 – Finanzen ist den Stadtverordneten zugegangen.
- 1.5.3 Beantwortung der Anfrage des Stadtv. Kirsch vom 15.12.06 bezüglich der Belegung von Kindergartenplätzen**
- Die Beantwortung der Anfrage des Stadtv. Kirsch vom 15.12.06 bezüglich der Belegung von Kindergartenplätzen ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.
- 1.5.4 Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006; hier: Anfragen Nr. 3, 4 und 5 des Stadtverordneten Simon bzgl. Lärmschutz**
- Die Stellungnahme des FB 60 Bauen, Liegenschaften und Umwelt ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.
- 1.5.5 Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 - Anfragen Nr. 3,4 und 5 des Stadtverordneten Simon bzgl. Lärmschutz**
- Die Stellungnahme des FB 30 Recht, Sicherheit und Ordnung ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.
- 1.5.6 Stadtverordnetenversammlung, 15.12.2006
TOP Nr. 2.1
Anfrage des Stadtv. Hahn bzgl. Sachstand "Rosenstock III"**
- Die Mitteilungsvorlage des FB 60 Bauen, Liegenschaften und Umwelt ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.
- 1.5.7 Anfrage des Stadtv. Simon bzügl. eines Konzeptes zur Energieeinsparung
Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006, TOP 6/2.2**
- Die Stellungnahme des FB 60 Bauen, Liegenschaften und Umwelt ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.
- 1.5.8 Netzwerk "Null Toleranz bei Gewalt"**

Bürgermeister Maier informiert die Stadtverordneten über die Arbeit des neuen Lampertheimer Netzwerkes „Null Toleranz bei Gewalt“. In diesem Zusammenhang verweist er auf die ausgehändigte Tischvorlage. Er bittet die Stadtverordneten, sich diesem Aufruf anzuschließen und die Aktion mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

1.5.9 Baubeginn der K 3

Bürgermeister Maier teilt mit, dass er zusammen mit dem Ersten Stadtrat ein Gespräch mit Vertretern des ASV Bensheim bezüglich der K 3 geführt hat. Im Laufe dieses Gespräches wurde deutlich, dass sich der Baubeginn der K 3 wiederum verzögert, da die Untersuchungen ergeben haben, dass die K 3 nicht ohne Weiteres über das Gelände der ehemaligen Mülldeponie geführt werden kann. Eine Möglichkeit wäre, das Gelände auszukoffern und neu zu verfüllen, wobei mit der Entsorgung von Sondermüll Kosten in Höhe von 1 Million Euro entstehen würden. Aufgrund des hohen Ausgabeaufwandes wurde diese Idee jedoch verworfen. Das ASV möchte nun in diesem Bereich 200 Betonpfähle in den Boden setzen, um die Tragfähigkeit des Untergrunds für den Straßenaufbau sicherzustellen. Hierbei entstehen Kosten in Höhe von rund 200.000,- €, wobei 70 % dieser Kosten nach den GVFG-Mitteln zuschussfähig sind. Der Rest (ca. 60.000,- €) soll von der Stadt Lampertheim getragen werden. Dies möchte Bürgermeister Maier jedoch nach Möglichkeit verhindern. In dieser Angelegenheit müssen noch weitere Gespräche geführt werden, jedoch ist absehbar, dass mit dem Baubeginn der K 3 erst im Juni/Juli 2007 gerechnet werden kann.

1.5.10 Ableben des ehem. Stadtverordneten Christoph Greiff

Bürgermeister Maier gibt bekannt, dass nach einer Mitteilung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin der ehemalige Stadtverordnete Christoph Greiff verstorben ist.

1.6 der Ortsvorsteher

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2. Anfragen an den Magistrat

2.1 Anfrage des Stadtverordneten Bittner bzgl. der Straßenmarkierungen in den Kreuzungsbereichen Eleonorenstraße/Peterstraße und Eleonorenstraße/Friedhofstraße

Der **Stadtv. Bittner** bezieht sich auf die teilweise nicht mehr erkennbaren Markierungen und behindernd abgestellten Fahrzeuge in den Kreuzungsbereichen Eleonorenstraße/Peterstraße und Eleonorenstraße/Friedhofstraße. Seine diesbezügliche Anfrage ist der Niederschrift als Anlage (1) beigefügt.

2.2 Anfrage des Stadtverordneten Simon in der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006 bzgl. eines Konzeptes zur Energieeinsparung

Der **Stadtv. Simon** bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung bezüglich eines Konzeptes zur Energieeinsparung. Hierauf beziehend stellt er eine erneute Anfrage, die der Niederschrift als Anlage (2) beigefügt ist.

A

2.3 Anfrage des Stadtverordneten Kirsch bzgl. der Altlastensanierung in Neuschloß - Sanierung der Leitungstrassen im Straßenbereich

Der **Stadtv. Kirsch** bezieht sich auf die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2006, bei der ein Beschluss über die Sanierung der Leitungstrassen in Neuschloß gefasst wurde. Er möchte wissen, ob es mittlerweile Schriftverkehr zwischen den einzelnen Energieversorgungsträgern gibt, die sich an den Sanierungsarbeiten beteiligen. Ferner möchte er wissen, wie hoch die Auftragssumme ist, die an die HIM ASG vergeben wurde.

3. Bildung eines Seniorenbeirates

Beschluss:

Die städtischen Gremien beschließen die Bildung eines Seniorenbeirates. Der Seniorenbeirat wird als Beirat gemäß § 8c der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) anerkannt.

Als Wahlform für den Seniorenbeirat wird die Delegiertenwahl beschlossen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage Nr. 2006/175 war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

**4. Bebauungsplan „Andreasstraße / Königsberger Straße / Burgunderstraße / Danziger Straße“ (Nr. 100);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Andreasstraße / Königsberger Straße / Burgunderstraße / Danziger Straße (Nr. 100) gem. § 81 HBO als Satzung

2. die Integration dieser Satzung gem. § 9, Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan

3. den Bebauungsplan „Andreasstraße / Königsberger Straße / Burgunderstraße / Danziger Straße (Nr. 100) in der Fassung vom 23.2.2007 als Satzung, die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB und die Begründung zum Bebauungsplan inkl. Umweltbericht

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2006/211) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

5. **Bebauungsplan "Burgunderstraße / Königsberger Straße / Hohenzollernstraße / Danziger Straße" (Nr. 101);**
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Burgunder Straße / Königsberger Straße / Hohenzollernstraße / Danziger Straße (Nr. 101) gem. § 81 HBO als Satzung
2. die Integration dieser Satzung gem. § 9, Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan
3. den Bebauungsplan „Burgunder Straße / Königsberger Straße / Hohenzollernstraße / Danziger Straße (Nr. 101) in der Fassung vom 23.2.2007 als Satzung, die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB und die Begründung zum Bebauungsplan inkl. Umweltbericht

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2006/213) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

6. **Bebauungsplan "Hohenzollernstraße / Königsberger Straße / Bürstädterstraße / Danziger Straße" (Nr. 102);**
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Hohenzollernstraße / Königsberger Straße / Bürstädter Straße / Danziger Straße“ (Nr. 102) gem. § 81 HBO als Satzung
2. die Integration dieser Satzung gem. § 9, Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan

3. **den Bebauungsplan „Hohenzollernstraße / Königsberger Straße / Bürstädter Straße / Danziger Straße“ (Nr. 102) in der Fassung vom 23.2.2007 als Satzung, die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB und die Begründung zum Bebauungsplan inkl. Umweltbericht**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2006/242) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

7. **Bebauungsplan " Roonstraße, Wilhelm - von - Ketteler - Straße, Beethovenstraße, Hagenstraße" (Nr. 103);
hier: 1. Offenlage des Bebauungsplanes
2. Satzungsbeschluss**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. **die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Roonstraße / Wilhelm – von - Ketteler – Straße / Beethovenstraße / Hagenstraße (Nr. 103) gem. § 81 HBO als Satzung**
2. **die Integration dieser Satzung gem. § 9, Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan**
3. **den Bebauungsplan „Roonstraße / Wilhelm – von – Ketteler – Straße / Beethovenstraße / Hagenstraße (Nr. 103) in der Fassung vom 23.2.2007 als Satzung, die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 Abs. 4 BauGB und die Begründung zum Bebauungsplan inkl. Umweltbericht**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2006/243) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

8. **Bebauungsplan "Rheinlüssen II"
Billigung des Bebauungsplanentwurfes mit Planzeichnung, Satzungstext, Umweltbericht und Begründung als Voraussetzung für die Offenlage**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. **Die vorgetragenen Anregungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger Öffentlicher Belange gemäß den Ausführungen in dieser Sitzungsvorlage zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.**
2. **Den vorgelegten Bebauungsplanentwurf "Rheinlüssen II" bestehend aus Planzeichnung, Satzungstext, Umweltbericht und Begründung zu billigen.**

3. Den Bebauungsplan für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2007/31) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

**9. Bebauungsplan "Rheinlüssen II"
Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit der SEL GmbH & Co. KG**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den in der Anlage beigefügten städtebaulichen Vertrag zur Übertragung der Bodenordnung und Erschließung an die SEL GmbH & Co. KG abzuschließen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2007/21) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

10. Übernahme von Ausfallbürgschaften für die Stadtentwicklung Lampertheim GmbH & Co. KG gemäß § 104 HGO

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Übernahme einer Globalausfallbürgschaft zu Gunsten der Stadtentwicklung Lampertheim GmbH & Co. KG im Gesamtbetrag von 5.500.000,00 € und überträgt dem Magistrat den Abschluss der Einzelbürgschaften bis zu dieser Summe.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2007/30) ist den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

11. Entwässerungssatzung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim beschließt den beigefügten 2. Nachtrag zur Entwässerungssatzung der Stadt Lampertheim

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Sitzungsvorlage (2007/19) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

12. Beratung und Beschlussfassung

12.1 der Anträge zum Haushaltsplan

Der **Stadtv. Hahn** geht in seiner Haushaltsrede allgemein auf den Haushaltsplan 2007 und aber auch auf die verschiedenen Anträge der SPD-Fraktion ein. Seine Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage (3) beigefügt. **Der Antrag auf Untersuchung des Altrheinschlammes auf Belastung soll noch dahingehend erweitert werden, dass auch eine Sedimentuntersuchung des Welschen Loches durchgeführt werden soll.**

A

Im Anschluss daran nimmt der **Stadtv. Kirsch** für die CDU-Fraktion Stellung zum Haushaltsplan 2007. Seine Haushaltsrede ist dem Protokoll als Anlage (4) beigefügt.

A

Der **Stadtv. Bittner** bezieht anschließend für die FDP-Fraktion Stellung zum Haushalt 2007. Seine Rede ist der Niederschrift als Anlage (5) beigefügt.

A

Der **Stadtv. Rinkel** nimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung zum Haushalt 2007. Seine Haushaltsrede ist dem Protokoll als Anlage (6) beigefügt.

A

Der **Stadtv. Hahn** macht anschließend einige Anmerkungen zur Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden W. Kirsch.

Anschließend bezieht sich der **stellv. Stadtverordnetenvorsteher Meyer** u. a. auf den Antrag der SPD auf Neubau der Trauerhalle in Hüttenfeld.

Er kann nicht verstehen, dass dieser Antrag erneut gestellt wird und gibt zu bedenken, dass durchschnittlich in Hüttenfeld nur 4 – 6 Beerdigungen pro Jahr stattfinden, so dass ein Neubau mit Kosten in Höhe von rund 300.000,- € (inkl. Abschreibung) nicht in Relation steht. Er ist der Meinung, dass es für die Hüttenfelder Bürger zumutbar wäre, wegen einer Beerdigung nach Neuschloß zu fahren, da die Entfernung von Hüttenfeld nach Neuschloß genauso weit ist, wie von Lampertheim nach Neuschloß. Bezugnehmend auf die von den Grünen zur Zeit der „Großen Koalition“ vorgelegte „Giftliste“ bemängelt er, dass diese damals einen Tag vor der Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt worden ist, so dass innerhalb der Fraktionen nicht mehr ausreichend darüber diskutiert werden konnte. Er ist der Meinung, dass die SPD-Fraktion bereits 1998 das Baugebiet „Rosenstock III“ in Angriff hätte nehmen können, da ein gültiger Bebauungsplan vorgelegen hat. Nach seiner Meinung hätte das Thema „Mülldeponie“ auch schon erledigt sein können, jedoch haben die Grünen seinerzeit laufend neue Anträge gestellt, so dass letztendlich der Verkauf verhindert wurde. Abschließend bezieht er sich noch auf die geplanten Einsparungen bei der Biedensand Bäder GmbH und auf die

Baugebiete, die zu Zeiten der Koalition unter Beteiligung der CDU entstanden sind.

Der **Stadtv. Rinkel** geht anschließend auf den geplanten AK Haushaltskonsolidierung ein und nimmt Bezug auf die Äußerung des Stadtv. Meyer bzgl. der Kurzfristigkeit der damaligen „Giftliste“. Was die Mülldeponie anbelangt, gibt er zu bedenken, dass der ZAKB damals in keinster Weise der Stadt entgegen gekommen ist und Fragen von Seiten der Grünen erst gar nicht beantwortet wurden. Hinsichtlich der Einsparungen bei der Biedensand Bäder GmbH gibt er zu bedenken, dass die Stadt Lampertheim nicht jederzeit alle Verluste ausgleicht.

Im Anschluss hieran erfolgt die Diskussion über die einzelnen Anträge zum Haushalt.

Der **Stadtv. Bittner** erläutert den **Antrag der FDP-Fraktion auf Bürgerbeteiligung an der städtischen Finanzplanung.**

Der **Stadtv. Klingler** begrüßt diesen Antrag, wobei er deutlich macht, dass sich aus dem Antrag nur ergibt, dass von der Verwaltung eine Kostenberechnung für dieses Projekt vorgelegt werden soll. Insofern kann er diesem Antrag zustimmen.

Da die FDP-Fraktion für den heutigen Abend noch 3 neue Anträge zum Haushalt vorgelegt hat, schlägt **Bürgermeister Maier** nach einer kurzen Diskussion vor, dass die FDP-Fraktion diese Anträge stellen soll, damit die Verwaltung die Möglichkeit zu einer Stellungnahme hat.

Daraufhin stellt der Stadtv. Bittner die folgenden Anträge zum Haushalt vor:

- Antrag der FDP-Fraktion auf Personalkostensenkung bei der Stadtverwaltung Lampertheim (Anlage 7)
- Antrag auf Optimierung des Strombezugs (Anlage 8)
- Prüfantrag bezüglich des Parkhauses in der Domgasse (Anlage 9)

Der **Stadtv. Hahn** gibt daraufhin zu verstehen, dass er den Anträgen nicht zustimmen und sich aber auch nicht enthalten kann. Ihm ist der zeitliche Rahmen zu knapp, um auf diese Anträge entsprechend zu reagieren. Der **Stadtv. Hummel** teilt daraufhin mit, dass es durchaus möglich ist, zum Haushalt Änderungsanträge zu stellen.

Es besteht seiner Meinung nach auch die Möglichkeit, diese Anträge in den entsprechenden Ausschuss zu verweisen. **Die Stadtverordnetenvorsteherin** plädiert dafür, über die zuerst eingegangenen Anträge als erstes abzustimmen.

Bürgermeister Maier macht anschließend einige Anmerkungen zu verschiedenen Positionen wie z. B. den Parkeinrichtungen und Parkscheinautomaten, dem Bestattungswesen, dem Flächennutzungsplan, zur geplanten Erhöhung der Grundsteuer B und der Untersuchung des Altrheinschlammes. Was den Antrag der FDP-Fraktion auf Personalkostensenkung anbelangt, gibt er zu verstehen, dass er diesen absolut nicht nachvollziehen kann und er bittet die Stadtverordneten, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Auch zu dem Antrag der CDU-Fraktion auf Absetzung des Haushaltsansatzes für einen neuen Forstschlepper bzw. eines Lkws für das Bestattungswesen macht er einige Anmerkungen. Ferner geht er auf den Antrag der CDU-Fraktion auf Beauftragung eines externen Unternehmens zur Untersuchung der Verwaltungsabläufe ein und macht deutlich, dass solche Unter-

suchungen sehr viel Geld kosten und die Verwaltung durchaus selbst in der Lage ist, sich zu überprüfen (Stichwort: Organisator).

Erster Stadtrat Dr. Vonderheid nimmt anschließend Stellung zu den geplanten Einsparungen bei der Biedensand Bäder GmbH. Er verweist auf die Zahlen des Wirtschaftsplanes und macht deutlich, dass bei einer Kürzung des Zuschussbedarfs um 104.000,- € der bisherige Standard nicht mehr gehalten werden kann und mit Einschnitten gerechnet werden muss.

Der **Stadtv. Klingler** bringt seine Verwunderung über die nachgereichten Anträge der FDP-Fraktion zum Ausdruck. Was die Anträge der CDU-Fraktion auf Streichung des Haushaltsansatzes für einen neuen Forstschlepper bzw. eines Lkws für das Bestattungswesen anbelangt, kann er diesen zustimmen. Ebenso dem Antrag der CDU-Fraktion auf Darstellung des Zuschussbedarfs für den ÖPNV für die Jahre (2007 – 2011), wobei er sich bewusst ist, dass der ÖPNV wohl nicht in die schwarzen Zahlen geführt werden kann. Er macht jedoch deutlich, dass er ihn trotzdem nicht in Frage stellen wird. Den Antrag der CDU-Fraktion auf Beauftragung eines externen Unternehmens zur Untersuchung der Verwaltungsabläufe lehnt er ab, da er diesen letztendlich für kontraproduktiv hält. Seiner Meinung nach könnte man diesen Antrag auch in den Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung übernehmen und in diesem Zusammenhang beraten, welche Leistungen verbessert werden könnten.

Der **Stadtv. Rinkel** nimmt Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion auf Personalkostensenkung. Er denkt, dass man im Rahmen der Beratungen über das HSK auch das Personal näher betrachtet. Er ist der Ansicht, dass man nicht erwarten kann, dass über diesen Antrag heute abgestimmt wird. Bezugnehmend auf die Äußerungen des Ersten Stadtrates stellt er klar, dass der Aufsichtsrat der Biedensand Bäder GmbH den Wirtschaftsplan vorbehaltlich der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat. Was die externe Untersuchung anbelangt, schlägt er vor, diesen Antrag im AK Haushaltskonsolidierung zu beraten. Den Antrag bzgl. des Forstschleppers hält er für nachvollziehbar. Man sollte den Ansatz erst einmal rausnehmen und darüber später entscheiden. Die Ersatzbeschaffung des LKW'S für das Bestattungswesen hält er für eventuell sinnvoll. Er schlägt deshalb vor, dass man diesen Antrag eventuell trennen könnte. Dem Antrag auf Darstellung des Zuschussbedarfs des ÖPNV stimmt er ebenfalls zu.

Im Anschluss nimmt der **Stadtv. Simon** Stellung zu dem Antrag der CDU-Fraktion auf Personalkostensenkung. Seine Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage (10) beigefügt.

A

Der **Stadtv. Hummel** bezieht anschließend Stellung zu dem Antrag der SPD-Fraktion auf Untersuchung des Altrheinschlammes bzw. zu Trauerhalle in Hüttenfeld. Seine Stellungnahmen sind dem Protokoll als Anlagen (11 + 12) beigefügt.

A

Der **Stadtv. Kirsch** kann den neuen Anträgen der FDP-Fraktion zurzeit nicht zustimmen, da hierüber erst noch innerhalb der Fraktion gründlich diskutiert werden muss. Dem Antrag der FDP-Fraktion auf Optimierung des Strombezugs bzw. auf Bürgerbeteiligung an der städtischen Finanzplanung kann er zustimmen. Den Antrag der SPD-Fraktion zur Trauerhalle in Hüttenfeld lehnt er hingegen ab. Anschließend verdeutlicht er nochmals die Intention des Antrages auf Beauftragung eines externen Unternehmens zur Untersuchung der Verwaltungsabläufe. Der Untersuchung des Altrheinschlammes kann seine Fraktion ebenfalls zustimmen.

Der **Stadtv. Hüsken** nimmt Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion auf Personalkostensenkung bei der Stadtverwaltung. Vor allen Dingen stört ihn, dass kurzfristig 15 Stellen mit einem KW-Vermerk versehen werden sollen und er hat die Befürchtung, dass hierbei auch Existenzen bedroht sind. Die Art und Weise dieses Antrages hält er nicht für gelungen.

Der **Stadtv. Otten** weist darauf hin, dass sich die Verwaltung zurzeit in einem Umstellungsprozess befindet (Stichwort: Verwaltungssteuerung, Umstellung des Finanzwesens auf die Doppik etc.). Er hält dies für einen Prozess, der von der Verwaltung vorbereitet und gemeinsam mit den Stadtverordneten erarbeitet werden muss.

Der **Stadtv. Bittner** macht deutlich, dass der Antrag der FDP-Fraktion auf Personalkostensenkung nicht die Intention hat, 15 Mitarbeitern zu kündigen. Anschließend nimmt er Stellung zu dem Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Grundsteuer B um 25 %. Seine Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage (13) beigefügt.

A

Der **Stadtv. Simon** fügt hinzu, dass zur Berechnung der Grundsteuer B immer noch der Grundstückswert von 1964 herangezogen wird.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge nach der Reihenfolge ihres Eingangs:

a) Antrag der FDP-Fraktion zur Bürgerbeteiligung an der städt. Finanzplanung

Beratungsergebnis: Einstimmig

Somit ist der Antrag angenommen.

b) Antrag der SPD-Fraktion zur Trauerhalle in Hüttenfeld:

Die Trauerhalle in Hüttenfeld wird nicht saniert.

Die dafür vorgesehenen Mittel im HH 2006 erhalten einen Sperrvermerk.

In das Investitionsprogramm 2008 werden 270 000 € für einen Neubau einer Trauerhalle in Hüttenfeld eingestellt.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

Somit ist der Antrag angenommen.

bb) Änderungsantrag der FDP-Fraktion bzgl. der Trauerhalle in Hüttenfeld, bei dem ein unabhängiges Gutachten für die Trauerhalle gefordert wird, abgestimmt:

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 20 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Der Stadtv. Bittner ist der Meinung, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion der weitergehende Antrag ist. Deshalb hätte zuerst über diesen abgestimmt werden müssen.

- c) **Antrag der CDU-Fraktion auf Beauftragung einer externen durchzuführenden Untersuchung der Verwaltungsabläufe innerhalb der Verwaltung**

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 20 Gegenstimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

- d) **Antrag der CDU-Fraktion auf Absetzung der HH-Ansätze für die Neubeschaffung eines Forstschleppers und die Ersatzbeschaffung eines Lkws für das Bestattungswesen.**

Die erforderlichen Reparaturkosten (8.000,00 €) für den Forstschlepper werden angesetzt.

Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme

Somit ist der Antrag angenommen.

- e) **Antrag der CDU-Fraktion zur Darstellung des Zuschussbedarfs für den ÖPNV für die Jahre (2007 – 2011)**

Beratungsergebnis: Einstimmig

Somit ist der Antrag angenommen.

- f) **Antrag der Koalition SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Einstellung von 15.000 € in den HH 2007 für die Untersuchung des Altrheinschlammes und eine Sedimentuntersuchung des Welschen Loches**

Beratungsergebnis: 36 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme

Somit ist der Antrag angenommen.

- g) **Antrag der Koalition SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Grundsteuer B um 50 Punkte auf 250 Punkte**

Beratungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen

Somit ist der Antrag angenommen.

- h) **Antrag der Koalition SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Umsetzung der in dem schriftlichen Antrag aufgeführten Einsparungen und Veränderungen**

Beratungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen

Somit ist der Antrag angenommen.

- i) **Antrag der FDP-Fraktion auf Senkung der Personalkosten durch mehrere Maßnahmen (s. Anlage 6)**

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 27 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

- j) **Antrag der FDP-Fraktion auf Optimierung des Strombezugs**

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 20 Gegenstimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

- k) **Antrag der FDP-Fraktion auf Erstellung von Sanierungskonzepten zur Reduzierung der finanziellen Verluste aus dem Betrieb des Parkhauses an der Domgasse und auf Vorlage an den Haupt- und Finanzausschuss**

Beratungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 27 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

- 12.2 **der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007**
12.3 **des Finanzplanes für das Jahr 2006 - 2010**
12.4 **des Investitionsplanes 2006 - 2010**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2007, den Finanzplan für die Jahre 2006 – 2010 und das Investitionsprogramm für die Jahre 2006 – 2010 in der vorliegenden Fassung.

Beratungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen

Die Unterlagen zu diesem TOP waren den Stadtverordneten bereits zugegangen. Die Abstimmung über TOP 12.3 und 12.4 erfolgt ohne weitere Aussprache.

- 12.5 **des Waldwirtschaftsplanes**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Waldwirtschaftsplan

Beratungsergebnis: 35 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung

Die Unterlagen zu diesem TOP waren den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

Die im Wirtschaftsplan veranschlagte Summe für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen ist aufgrund der Beschlussfassung zu TOP 12.1 d) herausgenommen.

12.6 Haushaltssicherungskonzept (HSK) der Stadt Lampertheim für die Jahre 2007 bis 2011 ff.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorliegenden 1. Entwurf des Konzepts zur Haushaltssicherung der Stadt Lampertheim für die Jahre 2007 bis 2011 ff. zur Kenntnis und beschließt dieses an die Arbeitsgruppe „Haushaltssolidierung“ zur weiteren Beratung und zur Erarbeitung von Empfehlungen bis spätestens zur Stadtverordnetenversammlung am 6. Juli 2007 zu verweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

Die Unterlagen zu diesem TOP waren den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Die Beschlussfassung erfolgt ohne weitere Aussprache.

13. Dritter Nachtrag zur Abfallsatzung

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim beschließt den der Sitzungsvorlage beigefügten 3. Nachtrag zur Abfallsatzung.

Beratungsergebnis: 32 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen,
1 Stimmenthaltung

Die Sitzungsvorlage (2007/24) war den Stadtv. bereits zugegangen.

Stadtv. Korb hält den Beschlussvorschlag nicht für zielgerichtet. Er sieht darin lediglich eine Definition der Stadt Lampertheim über den Begriff der „Kleinmenge“ und befürchtet vielmehr, dass dann auch in Kleinmengen ein „Mülltourismus“ nach Lampertheim stattfinden wird. Daher schlägt er vor, bei der Müllablieferung eine Personenkontrolle vorzunehmen.

Stadtv. Götz hält die vorgeschlagene Begrenzung in Kleinmengen für sinnvoll. Dabei führt er aus, dass er in der Verbandsversammlung des ZAKB gegen die dort verabschiedete Gebührenordnung votiert habe, da das System des ZAKB zwangsläufig zu „Mülltourismus“ führen würde. Eine Personen- oder Ausweiskontrolle hält er kaum für umsetzbar sondern hält die vorgeschlagene Gebührensatzung für notwendig.

Bürgermeister Maier macht deutlich, dass diese Gebührenerhöhung als Reaktion auf die Gebührenordnung des ZAKB unabdingbar ist, da ohne diese Maßnahme mit „Mülltourismus“ nach Lampertheim zu rechnen sei. Eine Personen- oder Ausweiskontrolle hält er – auch im Hinblick auf die Verwaltungsabläufe – nicht für realisierbar.

14. Benennung einer Straße im Stadtteil Hofheim

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Planstraße im Neubaugebiet „Rheinlüssen II“ im Stadtteil Hofheim in „Jakob-Carra-Straße“ zu benennen.

Beratungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

Die Sitzungsvorlage (2007/22) war den Stadtverordneten bereits zugegangen.

Stadtv. Appelt nimmt zunächst Bezug auf die bisherige Beschlusslage, wonach die Planstraße im Baugebiet „Rheinlüssen II“ nach einer einstimmigen Empfehlung des Ortsbeirates Hofheim als „Konrad-Adenauer-Ring“ benannt werden sollte. Des Weiteren hätte sich der Ortsbeirat im Jahre 2004 einstimmig dafür ausgesprochen, dass die nächste Straße im Stadtteil Hofheim nach dem Widerstandskämpfer Johann Georg Elser benannt werden sollte. Er stellt fest, dass die SPD-Fraktion nun zweimal eine Beschlussempfehlung des Ortsbeirates gekippt habe und fragt sich, ob nach dieser Handlungsweise Politik noch verlässlich ist.

Stadtv. Hahn verweist auf die ursprüngliche Beschlusslage aus dem Jahr 1995. Damals habe man sich dafür ausgesprochen, die nächste Straße im Stadtteil Hofheim nach Johann Georg Elser zu benennen. Mit der einstimmigen Beschlussempfehlung des Ortsbeirates im Jahr 2004, die Planstraße nach Konrad Adenauer zu benennen, habe die CDU sodann ihren eigenen Beschluss aus dem Jahr 2004 gekippt.

Er führt weiter aus, dass der Vorschlag „Konrad-Adenauer-Ring“ bisher nicht umgesetzt wurde, weil das Baugebiet „Im langen Gräbel“ noch nicht vermarktet werden konnte. Da nun am anderen Ende des Stadtteils ein Baugebiet umgesetzt würde, und zwischen den beiden Gebieten in den nächsten Jahren keine Bebauung zu erwarten ist, sei eine Gebäudenummerierung vom Ende der Straße anzufangen, nicht möglich. Daher sei nun von seiner Fraktion vorgeschlagen worden, die Planstraße im Bereich „Rheinlüssen II“ nach Jakob Carra zu benennen und den Bereich der Straße im Baugebiet „Im langen Gräbel“ nach Konrad Adenauer zu benennen.

Stadtv. Appelt verweist nochmals auf die Beschlusslage aus dem Jahr 2004, wonach der Namensvorschlag „Georg Elser“ hätte umgesetzt werden müssen.

Abschließend beleuchtet **Stadtv. Neuhaus** nochmals die Angelegenheit aus Sicht der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Hofheim.

15. Antrag der SPD-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution für den Erhalt eines ausreichenden Fahrtenangebotes auf der Bahnstrecke Frankfurt-Biblis-Lampertheim-Mannheim

Der Wortlaut der Resolution war den Stadtverordneten mit der Einladung zugegangen.

Stadtv. Götz weist darauf hin, dass im Hinblick auf die vorgesehene S-Bahn im Ried das derzeitige Angebot erhalten werden muss, um später eine knappe Vertaktung zu erhalten. Da man sich bei der Festlegung der Zugfahrten im Rahmen der Einführung der S-Bahn nach dem derzeitigen Bestand orientieren wird, gelte es, den Zustand nach dieser vorgesehenen Streichung wenigstens zu erhalten, da dann zusätzliche Leistungen auch zusätzlich zu finanzieren seien.

Stadtv. Hummel bittet die Resolution – im Hinblick auf eine Entlastung der Anwohner - dahingehend zu erweitern, dass die Anzahl der Güterzüge auf den beiden Strecken Bergstraße und Ried gleichmäßig auf den Tag und die Nacht aufgeteilt werden.

Dieser Antrag ist der Niederschrift als Anlage (14) beigelegt.

A

In Bezug auf die vorgetragene Ergänzung macht **Stadtv. Götz** deutlich, dass diese Umstrukturierungen auf keinen Fall mit einem Verlust von weiteren Zeitfenstern für die Regionalzüge einhergehen darf.

Lampertheim, den 01.03.2007

Die Vorsitzende:

gez.

(Brigitte Stass)
Stadtverordnetenvorsteherin

Die Schriftführerin:

gez.

(Sibylle Markert)
TOP 1-12

gez.

Beate Gross
TOP 13-15

FDP

Die Liberalen

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Datum, 21.02.07

Anfrage zur Stadtverordnetenversammlung am 23.2.2007

nicht mehr erkennbare Markierungen und behindernd abgestellte Fahrzeuge in den Kreuzungsbereichen Eleonorenstraße/ Peterstraße und Eleonorenstraße/ Friedhofstraße

Sachdarstellung:

Da die Eleonorenstraße relativ schmal ist und die Stadtbuslinien an den Kreuzungen beim Abbiegen relativ viel Platz benötigen, kommt es immer wieder zu Stauungen weil aufgrund nicht mehr erkennbarer Markierungen Fahrzeuge falsch abgestellt sind und der Bus daher warten muss. Anwohner haben daher in den letzten Monaten bereits mehrfach das Ordnungsamt angesprochen. Passiert ist leider nichts.

Die FDP Fraktion bittet daher den Magistrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist das angesprochene Problem dem Magistrat bekannt?
2. Was wurde bisher seitens der Verwaltung unternommen bzw. veranlasst?
3. In welchen Zeitabständen werden die Straßenzustände und Beschilderung kontrolliert?
4. Wann und wie wird das Problem beseitigt?

Mit freundlichem Gruß



Thomas Bittner
Stadtverordneter

Anfrage von Gregor Simon (Bündnis 90/Die Grünen)

Der Beantwortung meiner Anfrage vom 15.12.2006 ist zu entnehmen, dass hessenENERGIE und die Firma GenFa nicht in der Lage seien, ein detailliertes Energiesparkonzept zu erarbeiten. Statt dessen soll im Rahmen eines 5-monatigen Berufspraktikums von Studierenden der FH Darmstadt ein solches Konzept erarbeitet werden. Auf meine persönliche Erkundigung bei hessenENERGIE und der Firma GenFa wurde mir mitgeteilt, dass die in der Antwort der Anfrage angegebenen Fakten falsch sind und diese Organisationen durchaus Feinanalysen für Kommunen erstellen. Diese Informationen lassen sich auch auf den Internetseiten der Organisationen nachlesen. Die Firma GenFa teilte sogar explizit mit, dass sich deren Vergütung ausschließlich an der Höhe der tatsächlich eingesparten Energiekosten bemisst. Von hessenENERGIE bekam ich zusätzlich die schriftliche Aussage, dass Ihnen keine Anfrage der Stadt Lampertheim bezüglich der Erarbeitung eines Energiesparkonzeptes vorliegt.

- 1) Warum wurde in der Beantwortung der Anfrage die Unwahrheit geschrieben bzw. zumindest unwissentlich falsche Angaben gemacht?
- 2) Welche Vergütung erhalten die beauftragten Studierenden für welchen zeitlichen Aufwand?
- 3) Welche Qualifikation und Erfahrungen besitzen die Studierenden in Bezug auf die Erstellung solcher Konzepte?
- 4) Aus welchem Grund hat man trotz des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung keine professionelle Energieberatungsagentur beauftragt?
- 5) Lässt die Tatsache, dass der zuständige Dezernent bereits bei der Finanzierung der Auengewässergruppe versucht hat, die für die Energieberatung zur Verfügung gestellten Mittel umzuwidmen, darauf schließen, dass ihm dieser Beschluss nicht gefällt und er sich in diktatorischer Absicht versucht mit allen Tricks darüber hinwegzusetzen?

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion in der
STVV – Lampertheim
Fraktionsvorsitzender Hans Hahn



Lampertheim, 23. 02. 2007

Stellungnahme zu TOP 12: Haushalt 2007

Es gilt das gesprochene Wort!

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

zum ersten Mal halte ich als Fraktionsvorsitzender der SPD eine Rede zu einem Haushalt, der nicht ausgeglichen ist. Bei der Planung geht unserer Kämmerer von einem Defizit von 2,3 Mio € aus, nach der Sitzung werden es noch rund 1,2 Mio € sein, die wir 2007 nicht ausgleichen können.

Das ist eine große Herausforderung für uns, der wir uns mit unseren Anträgen bereits stellen, die wir aber in dem nächsten halben Jahr – hoffentlich gemeinsam – meistern werden.

Dazu muss man deutlich sagen: Dass unsere Gewerbesteuer-Einnahmen so dramatisch weg gebrochen sind, dafür können wir Kommunalpolitiker überhaupt nichts! In Lampertheim wurde im letzten Jahr und wird im kommenden Jahr nicht weniger gearbeitet, nicht weniger umgesetzt und nicht weniger verdient – aber weniger Gewerbesteuer eingenommen. Warum?
Ich sag's mal klassenkämpferisch: Weil geschickte Wirtschaftsmanager durch Firmenübernahmen und ähnliche Aktionen den Kommunen das Geld aus der Tasche ziehen und – natürlich für eine fürstliche Belohnung – den Aktionären auf das Konto überweisen.

Allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, dürfen wir angesichts unseres Defizits nicht die Nerven verlieren. Die Stadt Worms hat in diesem Jahr ca. 22 Mio € neue Schulden, trotzdem stecken sie 2,2 Mio in die Nibelungenfestspiele, bauen einen Kreislauf nach dem anderen etc.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht immer negativ von „Schulden“ sprechen, wenn wir Geld in die Hand nehmen und für die Infrastruktur unseren schönen Stadt investieren.

Beim Wirtschaftswunder in den 60 Jahren gab's kaum ein Unternehmen, aber auch kaum eine Familie, die nicht Schulden hatten. Wenn aber damals eine Familie ein Haus gebaut hat, dann hieß es nicht: Wir belasten die nächste Generation, vielmehr haben sich die Eltern gefreut, dass sie für sich und ihre Kinder was schaffen konnten.

Wir sollten das, was Herr Goll in einem Leserbrief geschrieben hat, zu Herzen nehmen. Dort schreibt er:

„Machen wir Lampertheim zur familienfreundlichsten Stadt im Großraum Mannheim und an der Bergstraße! Der Wohnort Lampertheim soll sich durch eine herausragende familien- und kindgerechte Infrastruktur positiv von anderen vergleichbaren Gemeinden hervorheben. Das muss das Ziel aller Aktivitäten der politischen Gremien und der Verwaltung sein!“

Dieser Meinung stimme ich, stimmt die SPD-Fraktion voll zu. (wahrscheinlich hat Herr Goll das in unserem Wahlprogramm gelesen).

Deshalb, meine Damen und Herren, darf die Haushaltssicherungs AG auch nicht zu einer „Rotsift AG“ verkümmern! Natürlich, da stimmt die SPD-Fraktion auch der Meinung der Verwaltung zu, darf es keine Tabus geben, Ziel aber ist und bleibt: Lampertheim muss eine lebens- und lebenswerte Stadt bleiben, ja sich zügig weiterentwickeln. Dort, wo mutige Investitionen notwendig sind, da werden wir auch dazu stehen. Das hat nichts mit einem „geringen Sparwillen“, wie das ein Pressekommentator schreibt, zu tun!

Dabei wollen wir versuchen, mit einer offenen Politik und Einbeziehung der Bürger ein wenig Aufbruchstimmung zu erreichen. Sie haben erlebt, wie sich nach der Fußballweltmeisterschaft die Stimmung der Menschen allgemein aufgehellt hat. So sollten wir auch in Lampertheim eine Politik machen, die den Bürgern Mut macht, der sie vertrauen.

Wir sind dabei durchaus selbstkritisch, denn wir haben auch bei diesem HHPlanentwurf nur reagiert, nachdem der Kämmerer ihn vorgelegt hat. Wie schwer uns das gefallen ist, sehen Sie ja an der Tatsache, dass wir erst im Februar den HH verabschieden, mit nachträglichen Verbesserungsmaßnahmen, die ich anschließend erläutern werde. Das wollen wir ändern! Wir werden frühzeitig unsere Ziele einbringen und den Bürgern vorstellen.

Anlage 3

Nach der 2:3 Niederlage der Bayern in Madrid sagte Hönel: „Kurios, ausgerechnet eine Niederlage kann der Wendepunkt sein!“
 Machen wir es mit unserem Haushalt genauso: Ausgerechnet der erste Haushalt, der mit einem Defizit abschließt, muss uns Anstoß sein, eine mutige Politik für unser schönes Lampertheim zu machen!

Zu den einzelnen Punkten im Verwaltungshaushalt möchte ich an dieser Stelle keine Stellungnahme abgeben, da ich bei unseren Anträgen noch die eine oder andere wichtige Anmerkung mache.

Der Vermögenshaushalt schreibt im Wesentlichen bereits begonnene Vorhaben fort, dort werden wir im Jahr 2007 nicht viel ändern können.

Den Waldwirtschaftsplan werden wir im Arbeitskreis HH-Konsolidierung auch einmal näher beleuchten, dem vorliegenden Plan aber werden wir mit den Änderungen, die bei den Anträgen beschlossen werden, zustimmen.

Zu den Anträgen der CDU und der FDP wird Herr Klingler Stellung nehmen, nachdem Sie sie vorgetragen haben!

Nun aber zu unseren Anträgen:

Einsparungen im HH 2007

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

im letzten Jahr forderte die Koalition Einsparungen, zunächst von 1,5 Mio, zum Schluss und nach Sitzungsunterbrechung von 5% der beeinflussbaren Kosten. Dazu wurde ein Arbeitskreis HH-Konsolidierung gebildet und heraus kam ein Haushaltssperre mit Einsparungen von ca. 330 000 €.

Wir haben Ihnen damals vorgehalten, dass Sie nicht bereit sind, genau zu sagen wo und bei wem gespart wird.

Wir wollen das in diesem Jahr ein bisschen besser machen und haben in unserem Antrag eine Liste mit konkreten Sparvorschlägen aufgeführt.

Sie dürfen mir sehr wohl glauben, dass das schon arg wehgetan hat! Immerhin kommen wir mit unserem Antrag aber auf Einsparungen von 473 000 Euro.

Ich bin mit Ihnen, Herr Kirsch, durchaus einer Meinung, dass wir damit nicht auf Dauer den Haushalt konsolidieren werden, dazu müssen wir grundsätzlichere Entscheidungen treffen. Dies wollen wir ja ab heute in dem Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung tun – hoffentlich gemeinsam! Trotzdem wird es dem aktuellen Haushalt schon ein wenig helfen, wenn wir mit diesen Einsparungen den HH um 473 300 € entlasten.

Grundsätzlich ist zu der Liste zu sagen: Wenn das Geld knapp ist, muss man halt sehen, wo man ein wenig sparen kann.

So haben wir bei dem Budget Kulturamt zunächst ganz konkret Einsparungen vorgeschlagen, dann aber auf Vorschlag aus der Verwaltung das Budget gekürzt, weil das Amt leichter Einsparungen ausloten kann, als ein Außenstehender.

Ursprünglich hatten wir z.B. vorgeschlagen, bei der Bücherei statt 32 000 € für Neuanschaffungen nur 20 000 € auszugeben. Unsere Bücherei ist – zum Glück – auf einem sehr guten Stand und Niveau, deshalb kann man mal ein Jahr kürzer treten.

Und dieser Gedankengang war uns Grundlage bei nahezu allen Sparvorschlägen.

Auf ein paar größere Posten möchte ich noch näher eingehen:

Beim Hallenbad gibt es ja den Beschluss, es weiter zu betreiben, bis es „zusammenfällt“.

Deshalb soll aber in das Hallenbad wirklich nur noch investiert werden, was der technische Betrieb und die Sicherheit unabdingbar machen, aber keine Gemälde mehr und Elvis-Shows!

Die geplanten Kosten für die Städteplanung von 50 000 € wollen wir komplett einsparen, da noch 65 000 € HHAusgabeReste vorhanden sind. Da kann man beispielsweise die Fortschreibung des Flächen-nutzungsplans hinausschieben.

Beim Bestattungswesen haben wir ja bereits eine Harmonisierung der Graberwerbsgebühren beschlossen, den Rest wollen wir mit Kosten-senkungen und Gebührenanpassungen erreichen.

Das steht übrigens nicht im Widerspruch zu unserer Forderung nach einem Neubau der Trauerhalle in Hüttenfeld, denn diese wird über den Vermögenshaushalt finanziert, und dann, in 50jähriger Abschreibung, von den Bürgern zurückgezahlt.

Noch ein Satz zum „Lärmschutzbeauftragten“:
Hierbei geht es uns nicht um eine neue Stelle! Lärmschutz ist eine Aufgabe der Verwaltung. Diese soll dann eine Person benennen, an die man sich wenden kann, wenn man Fragen zum Lärmschutz hat!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

stimmen Sie diesem Antrag zu, damit wir 2007 das Defizit ein wenig senken können.

Dann wollen wir an die HH-Konsolidierung gehen, bei der es, wie es in der Verwaltungsliste so schön heißt, keine Tabus geben darf!

Erhöhung der Grundsteuer B

Um unseren Haushalt kurzfristig zu verbessern, müssen wir zum einen sparen, zum anderen aber die Einnahmen verbessern.
Aus diesem Grunde haben wir die zwei Anträge eingebracht, die genau diese Ziele verfolgen.

Das eine ist die gerade vorgestellte – selbst für uns – „Giffliste“ mit Einsparungen, mit diesem Antrag nun fordern wir eine Steuererhöhung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle kriegen zurzeit von Berlin jede Menge Steuern aufgebremmt – und es werden ständig neue Steuer- und Einnahmenquellen gesucht! Von daher ist es natürlich dramatisch, wenn auch wir Steuern erhöhen wollen! Nur: auch unsere Stadt, die Städte und Kommunen überhaupt, bekommen die Lasten genau so ab wie die Bürger, ohne dass sie sich wehren können und kriegen zusätzliche Aufgaben aufgeladen.

Unsere Einnahmen können wir aber nur erhöhen, wenn wir das in irgendeiner Form von unseren Bürgern fordern.
Mit dem Vorhaben, die Grundsteuer B um 50 Punkte zu erhöhen, treffen wir alle Bürger, denn auch die Mieter werden diese Erhöhung mitfinanzieren müssen. Deshalb ist diese Steuer auch relativ gerecht. (Auch ich muss dann im Jahr ca. 11,25 € mehr zahlen.)

Zugleich ist die Grundsteuer B eine Realsteuer, d.h., ich weiß genau, wie viel Euro eine Erhöhung ausmacht, was ich bei der Gewerbesteuer nicht weiß. Die Erhöhung um 50 Punkte wird uns 462 500 € mehr an Steuereinnahmen bringen. (Pro Kopf pro Tag ca. 4,1 Cent.)

Der Bundesdurchschnitt liegt bei 349 Punkten. Lampertheim liegt dann mit 250 Punkten noch sehr deutlich unter dem Durchschnitt. Deshalb denken wir, dass diese Erhöhung auch vertretbar ist.

Auch wenn es Ihnen schwer fällt, so bitte ich doch um Ihre Zustimmung!

Untersuchung des Altrheinschlammes

Zu unserem Antrag auf Untersuchung des Schlammes im Altrhein ist folgendes zu sagen:

Als vor 3 Jahren der Altrhein von der Mündung bis zum Fretter Loch ausgebaggert wurde, habe ich angefragt, ob es nicht möglich ist, gleich bis zum Bau weiterzubaggern; wenn ich mich recht erinnere, war in der Presse zu lesen, dass das Ausbaggern bis zum Fretter Loch ca. 200 000 € gekostet hat, ein überschaubarer Preis.

Das Wasser- und Schifffahrtsamt hat dann mitgeteilt, dass für das Amt ein Ausbaggern nicht in Frage kommt, weil es nicht notwendig sei. Die Stadt könne aber auf ihre Kosten ausbaggern.
Zugleich wurde bekannt, der Schlamm auf diesem Abschnitt sei belastet, was natürlich zu erheblichen, wenn nicht gar unerschwinglichen Kosten führen würde.

Damit wollen wir es aber nicht bewenden lassen. Deshalb muss jetzt der Schlamm untersucht werden. Wir wollen wissen (ich sag's mal mit einfachen Worten):

Ist der Schlamm überhaupt belastet?

Wenn ja: Womit und wie stark ist er belastet?

Wie dick ist die Schlammsschicht, welche Massen müssten entnommen werden?

Erst, wenn wir darüber Klarheit haben, kann vernünftig weitergeplant werden.

Denn dass was passieren muss, habe ich ja bei meiner schriftlichen Begründung schon geschrieben.

Wenn wir alle an einem Strang ziehen, dann sind durchaus auch Zuschüsse von Naturschutzverbänden, von Sportverbänden, ja vielleicht sogar von der EU möglich.

Die im Haushalt eingestellten 8 000 € für „Regenerierung Auengewässer“ (Unterabschnitt 36050 / S.280) sollen für das Welsche Loch zur Verfügung stehen und deshalb nicht für die Untersuchung des Schlammes verwendet werden.

An dieser Stelle möchte ich aber auch noch einmal an die heftige Diskussion vom vergangenen Sommer erinnern, als unser 1. Stadtrat 20 000 € für die Auengewässer-AG forderte. Wir haben damals gesagt 6 000 € sofort, und den Rest, wenn nötig, in den HH 2007!

Von den 6 000 € wurde meines Wissens bis jetzt nichts ausgegeben (zumindest gab es noch keine extern moderierte Sitzung der AG) und die damals geforderten restlichen 14 000 € stehen auch nicht im HH !!

Sie sehen also, wie damals viel Wind gemacht und wir Parlamentarier an der Nase herumgeführt wurden.

Schlimmer aber ist es sicher für die engagierten Bürger, wenn diese feststellen, dass ihr Engagement benutzt wurde, um es vor den eigenen Karren zu spannen.

Zurück zu unserem Antrag.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist in unser aller Interesse, dass unser schöner Altrhein mit seinen vielfältigen Funktionen erhalten und gepflegt bleibt. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen!

Keine Sanierung der Trauerhalle in Hüttenfeld

Keine Sanierung und Geld in den Investitionsplan für 2008! (Anm.Presse)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu unserem Antrag zur Trauerhalle in Hüttenfeld möchte ich ein wenig mehr sagen, da zurzeit ja auch der Arbeitskreis Friedhofsgebühren sich mit dem gesamten Thema „Friedhof“ beschäftigt.

Wenn Pharaos 2008 in Hüttenfeld sterben würde, würden Sie, meine Damen und Herren der Opposition, seine Asche am liebsten in einer Urnenstele im Stadtfriedhof bestatten. Aber nicht, weil Hüttenfeld schon seine Pyramiden hat, die dazu nichts kosten, aber viel bringen, sondern weil Sie Kosten einsparen wollen.

Wenn unsere Vorfahren auch so gedacht hätten und ihre Toten nicht hoch verehrt und mit Grabgeschenken bestattet hätten, dann wären unsere Museen ziemlich leer.

Nach Worms kommen jährlich viele Menschen aus aller Welt, um den jüdischen Friedhof zu besuchen – auch wir pflegen einen kleinen jüdischen Friedhof, obwohl dort meines Wissens schon viele Jahrzehnte niemand mehr bestattet wurde. Ich finde das richtig!

Aber mit dem Verfall der Kulturen und der Religionen sind Gräber und Friedhöfe keine heiligen Stätten mehr, sondern „Ablagerungsplätze für Leichen“, **die dazu noch viel kosten!**

Und damit bin ich bei dem zentralen Punkt: **Kosten!**

Wie relativ dieses Thema aber behandelt wird, will ich Ihnen an ein paar wenigen Beispielen aufzeigen: (Ich könnte Ihnen nun viele Seiten unseres Haushaltsplanes auflisten, das will ich aber niemand zumuten.)

- Wir subventionieren die Kindergartengebühren mit über 3 Mio. ,
- Kinderspielfläche, Bolzplätze, alles ist natürlich kostenfrei.
- Sportvereine nutzen viele Jahre Sporthallen, Sportplätze und Schwimmbäder kostenlos,
- den Senioren richten wir eine Begegnungsstätte ein,
- den Stadtpark darf ich über 50 Jahre kostenlos benutzen, dort leert die Stadt noch meinen Müll aus dem Papierkorb.

In dem Augenblick aber, in dem mein Leben zu Ende geht, da zahle ich: für die Nutzung der Trauerhalle, für das Fleckchen Erde, das meine Verwandten pflegen, usw.

Und nun konkret zu der Trauerhalle in Hüttenfeld:

Selbst wenn wir heute hier beschließen, den Friedhof in Hüttenfeld zu schließen, wird dieser noch mindestens 50 Jahre seine Funktion behalten, mit zunehmenden Kosten für die Stadt, die ja dort die freien Plätze pflegen und an anderer Stelle zusätzlich Grabflächen zur Verfügung stellen muss.

Die Verwaltung hat im letzten Jahr ausgerechnet, ein Neubau würde mit Abrisskosten für die alte Halle ca. 263 000 € kosten.

Um Ihnen eine kleine Entscheidungshilfe zu geben: 260 000 € bezahlen wir 2007 und 2008 als Zuschuss an die Musikschule. Das geht aber nach 2008 weiter!

Ich bitte Sie deshalb: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die SPD-Fraktion hat bei einer Klausur 2 Tage, wir haben zusätzlich innerhalb der Fraktion und mit unseren „Grünen“ Partnern sicherlich weit über 20 Stunden über diesen Haushalt beraten. Ohne die vielen Stunde mühevoller Kleinarbeit bei über 800 Seiten Haushaltsplan!

Ich denke, Sie erkennen, dass es keine ideologischen Ansätze sind, die uns zu unseren Anträgen bewegen haben. Wir wollen sparen, wo es in diesem Jahr möglich ist, wir wollen mit einer ganz sicherlich unpopulären Steuererhöhung die Einnahmen steigern und wir wollen die Infrastruktur und die Lebensqualität unserer Bürger, auch in den Stadtteilen, verbessern.

Ich bitte Sie deshalb, unseren Anträgen zuzustimmen.

Die SPD-Fraktion wird den TOP 12.2 bis 12.6 zum Haushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit!

Trotzdem benötige ich dort also auch in 50 Jahren noch eine ordentliche Toilette. Die Toilette in der jetzigen Trauerhalle bleibt auch bei einer Sanierung im Keller – und für behinderte Menschen gibt es gar keine. Ich möchte keinem alten Menschen zumuten, im Winter die glatte steile Treppe in den Keller hinab zu steigen. Ich kann auch einem Menschen mit Gehhilfe nicht empfehlen, mal schnell nach Hause zu gehen, wenn er mal muss!

Kommen wir zu den Stadtteil-Friedhöfen, denn um die dreht es sich ja. Hüttenfelder, Hofheimer, Rosengartener Bürger fühlen sich in ihrem Stadtteil zu Hause, das ist ihre Heimat – und dort möchten sie auch begraben sein!

Ich würde auch keinem Stadtkern-Lampertheimer zumuten, in Hofheim oder Hüttenfeld beerdigt zu werden!

Nun gibt es ja die Meinung, man könne ja die Trauerfeier in Neuschloß abhalten und dann den Leichnam in Hüttenfeld zu Grabe tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

damit wird die Würde dieser Feier total zerstört!

Ich kann mir nicht vorstellen, dass bei einer Beerdigung in Lampertheim der Pfarrer, kurz bevor der Sarg zum Grab gebracht wird, sagt: So, jetzt machen wir aber erst mal eine Viertelstunde Pause!

Der erschütterndste Augenblick bei jeder Beerdigung ist doch der, wenn der Sarg aus der Trauerhalle und hin zum Grab gebracht wird.

Ich habe das gerade erst am Mittwoch erlebt, als ein junger Familienvater zu Grabe getragen wurde!

Da ist es keine Lösung, wenn ich die Trauergemeinde mit dem Bus nach Hüttenfeld fahre! Dort stehen dann die Sargträger mit dem Sargwagen am Friedhofstor und warten, bis der Sarg und die Trauergäste da sind! Der Pfarrer zieht sich im Auto um, usw.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie uns nächstes Jahr in Hüttenfeld eine neue Trauerhalle bauen, die den Anforderungen entspricht, mit einem Raum zur Verabschiedung, mit vernünftigen Toiletten. Auch die Hüttenfelder wollen keinen Prunkbau!

Eine Sanierung ist nutzlos hinausgeworfenes Geld, denn sie verbessert nichts!

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2007 Sitzung am 23.02.2007 Walter Kirsch

Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit dem Haushalt 2007 haben wir einen Punkt erreicht nachdem unsere Rücklagen aufgebraucht sind, dass wir nicht nur von der Substanz sondern auch noch auf Pump leben.

Nicht umsonst wurde die Verwaltung auf gefordert ein Haushaltssicherungskonzept mit Verabschiedung des HHPL 2007 vorzulegen.

Ich habe zu denen in der Vergangenheit gezählt, die die Fraktion davon zurück gehalten hat, stärker in eine Haushaltssanierung zu gehen solange noch Rücklagen vorhanden sind.

Die Begründung war, niemand wird es verstehen wenn wir an städtischen Einrichtungen sparen, wenn Rücklagen vorhanden sind.

Dafür sind letztendlich auch Rücklagen da.

Heute stehen wir vor der Tatsache diese nicht mehr zuhaben.

Zum Glück hatten wir in den Jahren 2001 bis 2005 eine Rücklage von 12 Mio. Euro an sparen können, aus der wir im vergangenen Jahr zehren konnten. Schließlich spart man in guten Zeiten, damit man was hat, wenn's mal schlechter läuft.

Diese Zeiten sind endgültig vorbei.

Alles was hier in den letzten Jahren gefordert wurde wie

12 Mio. Euro für einen Neubau eines Hallenbades mit einer jährlichen Belastung im Verwaltungshaushalt von 1,5 Mio. Euro.

Das 3. Kindergartenjahr frei: 300.000 Euro p.a. Mehrbelastung städtische Kitas zwischenzeitlich durch das Bambini Projekt der Landesregierung umgesetzt ist zwischen zeitlich vom Tisch.

Der Neubau einer Trauerhalle Hüttenfeld oder gar Sanierung muss vom Tisch. Ihr Antrag.....so hoffe ich wird heute abend keine Zustimmung finden.

Die im letzten Jahr beschlossene weitere Belastung von 2,2 Mio. Euro für den Austausch von Versorgungsleitungen in Neuschloß war in unserer Überzeugung ein weiterer Sündenfall für das sinnlose Geldausgeben.

Zu dem bis heute noch kein Schreiben bei der Stadt vorliegt.

mit welchem Betrag sich die beteiligten Firmen an der Sanierung beteiligen.

3,8 Mio. Euro entgangener Verkaufserlös aus dem angedachten Verkauf des Deponiegeländes.

Seit 14.02.2007 wissen wir jetzt auch noch, dass die Änderung des Planfeststellungsbeschlusses keinen Wald mehr dort anzupflanzen Erfolg hat. Nachdem uns der Gutachter am letzten Mittwoch sehr klar und unmissverständlich verdeutlicht hat, dass der Klageweg dagegen ohne Erfolg sein wird.

Das heißt, wir haben nicht nur die 3,8 Mio € verloren auch noch in naher Zukunft pro Jahr eine geringerer Pachteinahme von ca. 100.000 € plus ca. 40.000 € um diesen Krüppelwald zu unterhalten, das hochgerechnet auf die nächsten 30 Jahre sind noch einmal 4,2 Mio € weniger Einnahmen. Dafür hätten wir viele Trauerhallen bauen können.

Das war ein teures Flugblatt Dank der SPD.....

Auch der Gasdeal mit Bürstadt wird nach unserer Einschätzung in den nächsten 2 bis 3 Jahren immer weniger Geld in den Konzern Stadt Lampertheim" bringen. Ich erinnere daran es waren im letzten Geschäftsjahr gerade mal 175.000 € . Gestartet sind wir mit 805.000 €.

Ich wünsche zwar der Energieried viel Erfolg bei ihren Bemühungen ausserhalb des eigenen Versorgungsgebietes zu akquirieren aber wer die Endwicklungen auf dem Energiemarkt verfolgt weiß, dass dies einschwieriges Unterfangen sein wird.

Zudem für uns unverständlich die GGEW in Bürstadt in die Akquisition Erdgaskunden zu gewinnen angetreten ist.

Sie Herr BGM als Aufsichtsratsmitglied bei der GGEW sollten etwas wachsamer sein wenn es um die Interessen der eigenen Unternehmen der Stadt geht.

Zudem kommt hinzu das E.ON eine bundesweite Kampagne gestartet hat in allen Städten grundsätzlich einen cent/kWh günstiger zu sein wie das dort ansässige EVU.

Eine wie ich finde vernichtende Entwicklung.

Mit dem Hintergrund solch einer Entwicklung wurde uns im Oktober ein Haushalt vorgelegt der wie ich schon eingangs meiner Rede gesagt habe unsere Rücklage sind aufgebraucht wir leben nicht nur von der Substanz sondern auch noch auf Pump.

Nicht umsonst wurde die Verwaltung auf gefordert ein Haushaltssicherungskonzept mit Verabschiedung des HHPL 2007 vorzulegen.

Zu diesem Haushaltssicherungskonzept stellen wir noch 3 Anträge die unserer Meinung zu diesem Haushaltssicherungskonzept dazu gehören.

1.)Die Entwicklung der Haushaltssituation in den kommenden Jahren, die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes, erfordert über das vorgelegte Konzept zur Haushaltssicherung hinaus, weitere Maßnahmen.

Beauftragung eines externen Unternehmens zur Untersuchung der Verwaltungsabläufe mit dem Ziel Einsparpotenziale zu ermitteln und damit Personalkosten zu reduzieren.

2.) zum Haushalt 2007

Die Neubeschaffung eines Forstschleppers (Seite HHPL 674) 168.000 € und die Ersatzbeschaffung eines LKW für das Bestattungswesen (Seite HHPL 646/647) 42.000 € wird im Haushalt abgesetzt, die erforderlichen Reperaturkosten für den Forstschlepper angesetzt. (siehe letzte Seite Waldwirtschaftsbericht) 8.000 €

3.) Darstellung des Zuschussbedarfs für den ÖPNV für die Jahre (2007-2011)

Ich habe bereits in der HUFA Sitzung vom 14.2. klar zum Ausdruck gebracht dass dieses Papier der richtige Weg ist.

Wir sollten daher jeden einzelnen € in diesem Papier kennen lernen und auch danach handeln.

Es geht darum Punkt für Punkt umzusetzen.

Sollte der Versuch unternommen werden die einzelnen Positionen in Frage zu stellen oder wieder einmal den einen oder anderen der Mut zur Umsetzung fehlen werden wir uns umgehend aus diesem Arbeitskreis verabschieden.

Unsere Haushaltssituation lässt keinen Spielraum mehr zu.

Ich weiß meine Damen und Herren von der SPD

viele hoffen darauf dass bis zum NHHPL sich noch positive Veränderungen ergeben und somit dieses Defizit dadurch kleiner wird.

Dieser Denkweise werden wir uns nicht anschliessen und auch nicht der Denkweise die von Herrn Götz am 14.2 in der HUFA Sitzung geäußert wurde.

Er sprach „Vom Gleichlang mit anderen Städten was die Verschuldung anbelangt“

Das erinnerte mich an ein Vorwort eines Buches von Christa Meves Zum Beispiel

Meine Sehr verehrten Damen und Herren,

Wenn wir auf dauer Erfolg haben wollen und unsere Chancen was die Gestaltung unserer Stadt nicht komplett aufgeben wollen, schliessen sie sich uns an, setzen wir dieses Papier der Haushaltssicherung um und zwar Punkt für Punkt.

wir müssen aufhören Denkverbote auszusprechen.

Wenn sie dass nicht wollen sagen sie es heute gleich dann sparen wir uns die ganze Aktion und es kann weiter gewurschelt werden bis zum nächsten Haushalt 2008.

Unsere Zustimmung zum Haushaltsplan 2007 machen wir von Ihrer Zustimmung abhängig.

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Stass,
sehr geehrte Damen und Herren,

in jedem Jahr entscheidet die Stadtverordnetenversammlung über den künftigen Haushalt. Diese wichtige Entscheidung steht heute wieder an, auch wenn Sie diesmal erst im laufenden Jahr stattfindet. Die Rahmenbedingungen dafür sind in Lampertheim dieses Jahr aber weiterhin schlecht. Ich will daher für die FDP-Fraktion kurz Stellung zu der Vorlage beziehen. Sie werden mir sicher nicht böse sein, wenn ich die Zahlen des Haushalts nicht noch einmal alle aufzähle und mich auf wenige Beispiele beschränke. Aufgrund der Fülle von Anträgen die sich nicht zur Abhandlung in der allgemeinen Haushaltsrede eignen, werden wir zu den Anträgen kurz jeweils einzeln Stellung beziehen.

Der vorliegende Haushaltsplan weist im VWH Einnahmen von 51,7 Mio. EUR und Ausgaben von 54,2 Mio. EUR aus. Die Verwaltung hat damit einen erneut geringen Haushaltsansatz ähnlich wie in 2006 vorgelegt. Dies erkennen wir durchaus an. Da die Rücklage in 2006 aber fast vollständig verbraucht wurde, muss das Defizit weitgehend durch Kredite finanziert werden. Ich habe bereits in meiner Haushaltsrede für 2006 deutlich gemacht, dass eine solche Entwicklung harte und einschneidende Maßnahmen erfordert.

Aufgrund der Bemühungen der Bürgermeister und entsprechend zäher Verhandlungen in Wiesbaden mit dem zuständigen Minister und beim RP ist es der Kreiskoalition aus CDU, FDP und FWG gelungen, Teile der vom RP geforderten Kreisumlagerhöhung zu vermeiden und den Kommunen damit mehr Handlungsspielräume zu erhalten. Der Hessische Städtetag weist derzeit den Kreis Bergstraße als einen der günstigsten Kreise in ganz Hessen aus. Das Lob dafür werden wir von Herrn Hahn sicher heute noch hören. Auch hat die letzte Prognose der Steuereinnahmen das Defizit etwas verringert. Trotzdem gibt es keinen Grund zur Entwarnung.

Die Stadtverordnetenversammlung hat bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2005 den Antrag des Bündnis Zukunft Lampertheim zur Erstellung eines **Haushaltskonsolidierungskonzeptes** verabschiedet. Dieser Antrag ist bis heute leider nicht vollständig umgesetzt. Die eingerichtete Arbeitsgruppe hatte entsprechend dem Beschluss die Hauptaufgaben

1. Ursachen und Finanzprobleme zu ermitteln und daraus
2. Prävention, Vorsorge und
3. Konsolidierungsstrategien zu entwickeln.

Wobei insbesondere bei den Konsolidierungsstrategien mögliche Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite sowie mögliche Effizienzsteigerungen und dadurch erzielbare Kosteneinsparungen geprüft werden sollten. Außerdem wurde ein Personalentwicklungsplan für die Folgejahre gefordert. Diese Entscheidung war einstimmig. Die Verwaltung und insbesondere SPD und Grüne haben meine Erinnerungen im Rahmen der Haushaltsberatung für 2006 und dem 1. Nachtrag 2006 leider ignoriert. Insofern werde ich nicht müde, die Umsetzung einzufordern. Die Umsetzung ist dringender denn je und hätte vielleicht sogar das jetzt vom Kreis geforderte Haushaltssicherungskonzept überflüssig gemacht, da dann auch noch konsequenter gespart worden wäre. Dabei darf es wie ich bereits im HuFA ausgeführt habe **keine Tabus** geben. Insbesondere das Personal der Stadt stellt kein Tabuthema dar. Dies ist schmerzlich, aber unumgänglich, denn eine rasant steigende Neuverschuldung ist für die Bürger unserer Stadt auf die Dauer nicht hinnehmbar. Dabei nehmen wir die Veröffentlichung im Südhessenmorgen von gestern zum Anlass festzustellen, dass Detailinformationen aus dem Haushaltssicherungskonzept oder gar das ganze Konzept der Presse von anderer Seite zugespielt wurden. Damit ist diese Diskussion öffentlich geworden.

Kommen wir mal zu ein paar Einzelheitendes Haushalts:

Nehmen wir die Sache Lärmschutz z. B.: Hier sind im Haushalt 12 500 € vermerkt. Wir fragen warum? In der 32. BImSchV – Geräte und MaschinenlärmschV – der StVO und in weiteren bundesrechtlichen Regelungen sind die meisten Lärmschutzmaßnahmen verankert und beschrieben. Den Rest regelt der § 117 Ordnungswidrigkeitengesetz. Eine Aufgabe des Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde und des Ordnungsamtes. In diesem Auffangtatbestand sind alle Arten von Lärm geregelt, die nicht in besonderen Vorschriften erfasst sind. Bei Verstößen können Polizei und Gefahrenabwehrbehörden einschreiten, den Lärm unterbinden und ggf. der Bußgeldbehörde, hier auch dem Ordnungsamt anzeigen. Wir beantragen daher, diese Summe zu streichen und den Vollzug des vorliegenden Antrages im Rahmen der täglichen Amtsgeschäfte zu erledigen. Vielleicht reicht es aus, die Messlatte für zumutbaren Lärm von Seiten des Ordnungsamtes neu zu justieren.

Den vorliegenden **Stellenplan** lehnen wir ab. Trotz entsprechender Anfrage in der HuFA Sitzung vom 8.11.06 liegen uns bis heute noch keine Stellenplatzbeschreibungen und Arbeitsplatzanweisungen vor, aus denen man als ehrenamtlicher Stadtverordneter eine Begründung der jeweiligen Stelle entnehmen könnte.

In der Tat stellen sich aus unserer Sicht daher u.a. folgende Fragen:

1. Wie viele von den 280,9 Stellen, die besetzt sind, werden von den städt. Gesellschaften getragen?
2. Was ist mit den Bediensteten des abgespeckten Sozialamtes passiert, wo sind die Abordnungen vermerkt?

3. Wobei wir hier auch positiv bemerken wollen, dass die neu geschaffene Stabsstelle für Kinder und Senioren nicht nur von der richtigen Person besetzt ist, sondern auch ihre Daseinsberechtigung hat.
4. Inwieweit hat sich die Arbeitsbelastung durch die Tätigkeit des Bürgerbüros bei den Fachdiensten und anderen Querschnittsämtern verändert bzw. verringert?
5. Die Stadt Lampertheim besetzt bei den Beamten 50 % der Stellen in passiver Altersteilzeit nach, was der Erlasslage entspricht. Warum sind diese Stellen im Stellenplan nicht, wie auch in anderen Städten mit entsprechenden Vermerken versehen?

So gesehen stellt der Stellenplan eine „Wild Card“ dar, die wir beschließen sollen. Wir, die FDP Fraktion, werden das nicht hinnehmen. Wenn den städt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum Beispiel der Kerwemontag, der Fasnachtsdienstag nachmittag und der Betriebsausflug, durch betriebliche Vereinbarungen als bezahlte Freistellung gewährt wird, sind das ca. 5.400 Arbeitsstunden oder mehr als 3 Stellen, die „Luft im HH“ darstellen. Von den erhöhten Arbeitszeit bei den Beamten auf 42 Stunden und bei den übrigen Beschäftigten auf 39 Stunden ab 2007 einmal ganz zu schweigen. Statt unsere Anfrage entsprechend zu beantworten, haben wir eine Stellungnahme der Verwaltung erhalten, dass Sie diese Informationen nicht heraus geben muss. Dies nehmen wir zur Kenntnis, bewerten dies dann aber mit den vorliegenden Informationen wie wir dies mit unserem Zusatzantrag zur Personalkostensenkung getan haben um den Stellenplan in die richtige Richtung zu entwickeln. Damit lassen sich mittelfristig ca. 1.000.000 Euro pro Jahr an Personalkosten einsparen. Wir haben auch nichts dagegen, wenn eine externe Überprüfung wie von der CDU gefordert höhere Einsparpotentiale ermittelt. Doch wir befürchten die Rot/Grüne Koalition wird dem nicht zustimmen und lieber bei den Vereinen, der Volkshochschule, dem Hallenbad zügellos sparen

und die Mittel für Investivmaßnahmen z.B. aus dem Verkauf der Stadtwerke, die unsere Stadt vorwärts bringen sollen, bei den Gesellschaften für konsumtive Zwecke verbraten.

Wir wollen durch unsere Anträge zum HH 07 signalisieren, wir sind zum konstruktiven Dialog bereit. Nur, da muss die Verwaltungsspitze jetzt einmal in Vorlage treten. Wir sind sicher, wir können den Stellenplan bis 2011 durch Ausscheiden von Mitarbeitern, Fluktuation und andere Maßnahmen, wie beispielsweise Überprüfen inwieweit z.B. in Kindergärten und der Stadtverwaltung Verwaltungstätigkeiten doppelt veranschlagt sind (Beanstandung des Landesrechnungshofes, dass die Verwaltungskosten bei kommunalen Betreuungseinrichtungen doppelt so hoch sind wie bei den freien Trägern) oder mehr durch Zeitarbeitsverträge bis 2011 die von uns vorgeschlagene Stellenreduzierung erreichen, ohne jemanden betriebsbedingt entlassen zu müssen und ohne Neueinstellungen z.B. bei Auszubildenden zu unterbinden und trotz dem eine hohe Servicequalität für die Bürger erreichen.

Wir glauben auch beim Immobilienmanagement wie z.B. dem Parkhaus können noch Verbesserungen eintreten und haben daher einen Änderungsantrag zur Prüfung auch alternativer Finanzierungsformen zur Senkung der Kosten gestellt.

Eines möchte ich für die FDP noch deutlich machen: Steuererhöhungen sind für uns keine Alternative, solange die Einsparmöglichkeiten nicht vollständig ausgelotet sind. Hier unterscheiden wir uns von der großen Koalition in Berlin, wo die SPD im Wahlkampf keine Steuererhöhung wollte und sogar von Merkelsteuer sprach und der CDU die 2 % Mehrwertsteuererhöhung wollte und der „Höheren Mathematik“ aus beidem die eine Münteferingsteuer von 3 % als Summe von beiden Forderungen ergab ohne das die Einsparmöglichkeiten und insbesondere der Subventionsabbau nennenswert angegangen worden wäre.

Aber auch in Lampertheim hat die Koalition von SPD und Grünen bisher noch nicht begriffen, dass es eigentlich Ihr HH 07 war, den Sie im Dezember 2006 in der HuFA abgelehnt haben und jetzt mit ein wenig Schönheitskosmetik verabschieden wollen. Das spricht für mangelnde Abstimmung im Lager Rot-Grün, die Grünen sind vorgeprellt, haben den Koalitionspartner im Regen stehen lassen und stehen nun vor den Scherben ihrer Politik. Ich erinnere daran, dass wir im Bündnis Zukunft Lampertheim immer einen konsensfähigen Haushalt verabschiedeten, in dem wir mit der Verwaltung und in der KOA nach Kompromissen gesucht und diese gefunden haben. Dass die Haushaltssatzung 2007 bisher nicht verabschiedet werden konnte, ist nicht Schuld der Verwaltung, sondern die der Koalition Rot-Grün. Sie haben versagt, die Weichen zu stellen und Politik für Lampertheim und seine Einwohner zu machen. Wir als Opposition stellen das mit bitterer Genugtuung fest."

Die FDP Fraktion kann aufgrund vorstehender Ausführungen dem vorliegenden Haushalt nur zustimmen sofern unsere Haushaltsanträge durchgehen und sowohl das Haushaltskonsolidierungs- und -sicherungskonzeptes kurzfristig umgesetzt werden.

Thomas Bittner

Rede zum Haushalt 2007

Mein Damen und Herren, sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

alle Jahre wieder – so möchte man meinen – kommt nicht nur der Weihnachtsmann, alle Jahre wieder steht auch der Haushaltsplan für das kommende Jahr zur Verabschiedung an. Entgegen der Freude bei den Geschenken unter dem Weihnachtsbaum ist uns Parlamentariern der Spaß am städtischen Haushalt Jahr für Jahr mehr vergällt worden – und dieses Mal haben wir es nicht einmal geschafft, den Haushalt 2007 vor Weihnachten zu verabschieden. Der Grund: Das von der Kommunalaufsicht verlangte HSK sollte nach dem Willen der Fraktionen mit dem Haushalt 2007 verabschiedet werden, wurde aber von der Verwaltung nicht zeitgerecht vorgelegt.

War der Haushalt in den Vorjahren schon nicht gerade doll müssen wir nun auch noch eine massive Unterdeckung im Verwaltungshaushalt zur Kenntnis nehmen. Bereits im (vorgezogenen) Nachtragshaushalt 2006 erwischte es die Stadt Lampertheim mit voller Wucht durch den Einbruch bei der Gewerbesteuer – drei der wichtigsten Gewerbesteuerzahler sind wohl für immer verloren und auf lange Sicht auch nicht durch die Ansiedlung neuen Gewerbes kompensierbar. Nur durch die Zuführung aus dem VMH zum VWH in Höhe von 3,3 Mio. € konnte wohl ein Fehlbetrag im VWH vermieden werden.

Doch nun ist die allgemeine Rücklage praktisch aufgebraucht, in nur 2 Jahren – in 2005 und 2006 – wurde fast die gesamte Rücklage, gut 11 Mio. €, zum Verlustausgleich verwendet. Der Spaß hat nun ein Ende gefunden und steht zum Stopfen von Haushaltslöchern nicht mehr zur Verfügung.

Der HHPL-Entwurf 2007 sieht im VWH ein Defizit von 2,5 Mio. € vor – hinzu kommt die Neuverschuldung zum Ausgleich des VMH in Höhe von 4,5 Mio. €, macht in Summe 7 Mio. € neue Schulden. Dass man angesichts dieser Zahlen auf die Idee kommt mal langsam gegen zu steuern sollte nicht verwundern. Denn die mittelfristigen Aussichten sind düster:

Als erste haben sich die Grünen ‚geoutet‘ und ihre ‚Giffliste‘ – ich kann's schon nicht mehr hören – vorgestellt mit dem Ziel, den Verwaltungshaushalt um ca. 1,5 Mio. € zu entlasten. Ich denke es war eine gute Idee, mit konkreten Vorstellungen an die Öffentlichkeit zu gehen und so den Damm der Zurückhaltung bei den Parteien zu brechen. Mittlerweile haben alle Fraktionen öffentlich mehr oder weniger umfangreich Stellung bezogen, und das ist gut so denn das Thema ist wichtig und muß angepackt werden.

Die heute von Rot-Grün eingebrachten Anträge zum Haushalt bringen in Summe eine Entlastung des VWH von 936.000 €. Dies ist nicht unbedingt etwas wo man besonders stolz drauf sein kann – ich bin da durchaus

selbstkritisch - aber es reduziert das Defizit im VWH doch signifikant von 2,5 auf gut 1,5 Mio. €. Allerdings ist dies erst einmal eine Größe nur auf dem Papier, es bestehen Risiken, dieses Entlastungspotential nicht zu erreichen. Nennen möchte ich hier die Einsparungen über 104 T€ bei den Biedensand Bädern – dies ist nicht konform mit dem jetzigen Wirtschaftsplan und könnte zu einer höheren Verschuldung der GmbH führen. Eine weitere Position ist die Verminderung des Defizits bei den Friedhöfen über 140 T€. Hier wird der Arbeitskreis Friedhofsgebühren noch einig Nüsse zu knacken haben. Man darf gespannt sein ob dies wirklich gelingen wird.

Dass diese für den Haushalt 2007 eingebrachten Anträge nicht die alleinige Antwort auf die angespannte Haushaltslage sein kann liegt auf der Hand. Ohne eine strukturelle Verbesserung im VWH wird es nicht gehen, deshalb wurde ja auch das HSK von der Kommunalaufsicht – und den Fraktionen - gefordert. Bedauerlicherweise haben wir dies bis zum heutigen Tag immer noch nicht. Hier möchte ich Herrn Ohl bei seiner Aussage widersprechen, Rot-Grün hat die Hausaufgaben nicht gemacht und den Bürgermeister im Regen stehen gelassen. Es ist Aufgabe der Verwaltung diesen Job zu tun, die Parlamentarier sind hierzu insbesondere zeitlich aber auch fachlich überhaupt nicht in der Lage. Der nun vorliegende Entwurf – oder besser Liste mit theoretisch möglichen Vorschläge – soll nun bis spätestens Anfang Juli in der Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ beraten und verabschiedet werden. Ich rate dringend hier Tempo zu machen und nicht bis Juli zu warten, sonst wird das nichts. Im übrigen lassen sich schon jetzt die Befürchtungen u.a. des Bürgermeisters zerstreuen, in Lampertheim würden nach Vorlage des HSK schlagartig die Lichter ausgehen.

Im übrigen ist uns Grünen nicht entgangen dass der im Jahr 2002 in den Investitionsplan für 2007 aufgenommene Fahrradweg von Lampertheim nach Viernheim erst nach hinten geschoben und beim jetzigen HHPL-Entwurf ganz rausgeflogen ist. Dies soweit zum Macht- bzw. Ohnmachtsverhältnis zwischen „Regierung“ und Verwaltung.

Die Grünen werden in der Hoffnung auf ein ausgewogenes HSK dem HHPL 2007 in Verbindung mit den Anträgen zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

FDP

Die FDP ist partei in allen Verordnungen im Dezember 2007

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Änderungsantrag zum HH 2007

Personalkostensenkung

Die FDP Fraktion beantragt:

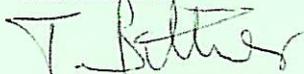
Der Magistrat wird beauftragt die Personalkosten durch folgende Maßnahmen zu senken:

1. Es sind kurzfristig 15 Stellen im Stellenplan mit KW-Vermerk zu versehen und die weiteren erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um spätestens mittelfristig diese Personalkosten einsparen zu können.
2. Die Altersteilzeit ist um Personalkostensteigerungen zu vermeiden nur noch da abzuschließen wo die Stadt Lampertheim gesetzlich dazu verpflichtet ist (Dies bedeutet in der Regel ab 60 Jahren) oder gegenüber der Stadtverordnetenversammlung entsprechende Personalkosteneinsparungen nachgewiesen werden (keine Neubesetzung).
3. Die Einsparungen sind im Haushalt abzusetzen.

Begründung:

erfolgt mündlich

Mit freundlichem Gruß



Thomas Bittner
Stadtverordneter und
Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FDP hat bereits in Ihren Veröffentlichungen im Dezember 2006 auf diverse Einsparmöglichkeiten für den Haushalt 2007 hingewiesen.

Wir fühlen uns bestätigt, dass der Entwurf des Bürgermeisters zur Haushaltssicherung davon einige Aspekte aufgreift.

Ein wesentlicher Aspekt für Einsparmöglichkeiten liegt aus unserer Sicht beim Personal. Die 104. vergleichende Prüfung der „Haushaltstruktur 2005: mittlere Städte“ durch den hessischen Rechnungshof hat im Schlußbericht erhebliche Einsparpotentiale aufgezeigt. Diese wollen wir umgesetzt wissen. Daher haben wir uns entschlossen diesen Einsparantrag zu stellen.

Der Rechnungshof sieht bei der Stadt Einsparpotential von 11,85 Stellen.

Darüber hinaus sehr wir aus den Arbeitszeitverlängerungen der Beamten und der übrigen Beschäftigten ein Potential von bis zu 6,5 Stellen.

Auch gibt es mögliche Reduzierungen von Tarifvertraglich nicht festvereinbarten Sondertagen wie der Kerwemontag, Betriebsausflug, Faschingsdienstagnachmittag. Dies kann der Magistrat abschaffen. Aus unserer Sicht gibt es dabei folgendes Potential:

2,5 Tage (Kerwemontag, Betriebsausflug, Faschingsdienstagnachmittag)
271,5 Stellen besetzt per 30.6.06 $271,5 \times 2,5 \text{ Tage} \times 7,8 \text{H/d} = 5.294,25 \text{ h}$
 $5.294 \text{h} / 1.700 \text{ h/a} = 3,11 \text{ Stellen}$

Sollten alle diese aufgezeigten Potentiale genutzt werden ergeben sich mehr als 21 Stellen Einsparpotential oder etwa 1,2 Mio. Euro. Da hier möglicherweise Potentiale des Rechnungshofs überschneidungen z.B. mit der 39 Stundenwoche ergeben können, haben wir 15 Stellen im Antrag formuliert.

Auch die Beschränkung aus Kostensicht Altersteilzeiten nur dann abzuschließen, wenn die Stadt gesetzlich dazu verpflichtet ist oder entsprechende Einsparungen bei den Personalkosten nachgewiesen werden.

FDP

Die Liberalen

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Änderungsantrag zum HH 2007, Optimierung des Strombezugs und Streichung des Haushaltsansatzes für den Lärmschutz

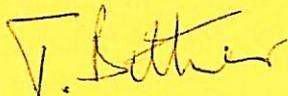
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Antrag:

1. Der Magistrat wird beauftragt den Strombezug der Stadt Lampertheim wirtschaftlich zu optimieren und dabei den Bezug von Ökostrom zu beenden. Die Verträge sind entsprechend anzupassen und die Mittel im Haushaltsentwurf entsprechend zu mindern.
2. Der Haushaltsansatz für den Lärmschutz von 12.500 EUR wird gestrichen

Begründung: erfolgt in der Sitzung

Mit freundlichem Gruß



Thomas Bittner
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits im Dezember haben wir unsere Einsparvorstellungen der Öffentlichkeit vorgestellt.

Vor einigen Jahren haben wir beschlossen, einen Teil des städtischen Stroms aus regenerativen Quellen zu beziehen. Dafür haben wir bewußt höhere Kosten von etwa 40 TEUR in Kauf genommen um die regenerativen Energiequellen zu fördern. In der momentanen Haushaltssituation können wir uns diesen Luxus nicht mehr leisten, wenn wir der Verwaltung harte Auflagen machen, müssen wir auch die von uns getroffenen Entscheidungen neu hinterfragen. Eine Unterstützung des Ökostroms auf Basis von Krediten und damit als Last für alle Bürger und zukünftige Generationen ist aus unserer Sicht nicht mehr akzeptabel. Wir bitten Sie daher unserem Antrag zuzustimmen den Strombezug zu optimieren.

Der Magistrat soll daher prüfen, welche Einsparpotentiale erschlossen werden können und diese dann umsetzen.

Der Lärmschutz ist wie in der Haushaltsrede dargelegt gesetzlich geregelt. Darüber hinaus sind aus unserer Sicht keine weiteren Ausgaben dazu notwendig. Das haben wir auch bereits bei unserer Stellungnahme zu dem Antrag von Rot-Grün damals ausgeführt.

Aufgrund meinen Ausführungen bitte ich Sie um Unterstützung unseres Änderungsantrages zum vorliegenden Haushalt.

FDP

Die Liberalen

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Datum, 23.02.07

Prüfantrag zum HH 2007, Hst. 68100

Nutzung Parkhaus Domgasse

Die FDP Fraktion beantragt:

Die Verwaltung wird beauftragt, Sanierungskonzepte zur Reduzierung der finanziellen Verluste aus dem Betrieb des Parkhauses an der Domgasse zu erarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorzulegen.

Begründung: Die jährlichen Verluste aus dem Parkhaus an der Domgasse, für 2007 sind 355.277 Euro im Haushalt eingeplant, sind nicht länger hinnehmbar. Das Parkhaus wird von den Bürgern nicht so angenommen wie das zu wünschen wäre, da viele Probleme mit den sehr engen Auffahrten haben, auch haben wir damit die verkehrspolitischen Ziele, das Blech von der Straße wegzubekommen nicht erreicht. Auch können dort, dank der jetzigen Eigentümerschaft, keine erforderlichen Parkflächen entsprechend der Stellplatzsatzung für Geschäfte und Gewerbebetriebe in der Umgebung angeboten werden. Parkhäuser sind nicht zwangsläufig Zuschussbetriebe aber immer dann, wenn sie von Kommunen betrieben werden.

Die FDP Fraktion fordert daher ein Umdenken im Betrieb bzw. Nutzung dieses Gebäudes, damit wir von dem für uns unnötigen Zuschuss wegkommen. Wir stellen diesen Antrag auch um sicherzustellen, dass ein vergleichbarer Ansatz im Haushaltskonsolidierungskonzept der Verwaltung nicht untergeht.

Helmut G.P. Hummel
- Stadtverordneter -

Rede von Gregor Simon (Bündnis 90/Die Grünen)

Hilfe! Ich verstehe den Antrag der CDU als einen Hilfeschrei. Keinen Hilfeschrei der CDU, sondern einen Hilfeschrei des Parlaments. Ich bin in die Stadtverordnetenversammlung gegangen, weil ich Lampertheim verbessern möchte. Ich denke das dürfte auch bei einem Großteil der anderen Abgeordneten der Fall sein. Die Aufwandsentschädigung von 20 Euro pro Sitzung und 10 Euro im Monat kann jedenfalls nicht der Grund gewesen sein, wenn man diese mit dem zeitlichen Aufwand in Verbindung setzt.

Sehr schnell wurde ich hier jedoch desillusioniert. Als Außenstehender könnte man denken hier sitzt die SPD und hier die Grünen, die als Regierung das Zepter in der Stadt schwingen, hier CDU und FDP, die als Opposition ihre legitime Kontrollfunktion ausüben. Doch dies ist nichts weiter als Scheindemokratie.

Wir streiten uns hier im Parlament – alle mit den besten Absichten – und beschließen Anträge – mit den besten Absichten für Lampertheim und seine Bürger. Dies ist unsere Aufgabe als gewählte Vertreterinnen und Vertreter des Volkes. Nur gibt es in Lampertheim eine weitere Macht, die die Parlamentarier auflaufen lässt, ignoriert, desinformiert und ganz gezielt versucht, ihre Absichten durchzusetzen: die Verwaltung.

Will man in dieser Stadt etwas verändern so stößt man als erstes auf Bedenken und den Spruch: „Das haben wir schon immer so gemacht.“

- Anträge werden verschleppt in der Hoffnung, dass das Parlament sie irgendwann vergisst.
- Es werden Informationen zurückgehalten, die maßgeblich für unsere Arbeit sind.
- Es werden Fehlinformationen und Vorwände weitergegeben um sich um die Absichten der Parlamentarier zu drücken
- Geschehen gerichtlich festgestellte Fehler in der Verwaltung oder andere Dinge, die für diese unangenehm sein können, werden diese Punkte als nicht-öffentlich deklariert, um sie in geheimer Sitzung von der Augen der steuerzahlenden Bevölkerung zu verbergen

Mit Demokratie hat dies nicht mehr viel zu tun.

Dem Antrag der CDU geht eine Vorgeschichte voraus. So hat der FDP-Abgeordnete Ohl von der Verwaltung die Stellenbeschreibungen der Verwaltungsmitarbeiter verlangt, die ihm verwehrt wurde. Bei der Vorstellung der Finanzlage der Stadt wurde von der Verwaltung stolz darauf hingewiesen, dass Stellen eingespart worden wären. Das heißt jedoch nicht etwa, dass es jetzt weniger Mitarbeiter gibt. Es wurden unbesetzte Stellen gestrichen, die besetzten Stellen hingegen wurden sogar ausgeweitet. Mit solchen Tricks führt die Verwaltung das Parlament ständig vor.

Liebe CDU, Sie stellen hier einen Antrag, eine Unternehmensberatung zur Aufdeckung von Kosteneinsparpotentialen zu beauftragen. Einen solchen Antrag haben die Grünen mit Ihnen bereits in der letzten Legislatur beschlossen – mit dem Unterschied, dass es um Energiekosten



und nicht um Personalkosten ging. Wir haben vorhin gehört, wie die Sache ausging. Die Verwaltung teilt mit, dass die Beratungsunternehmen nicht in der Lage sind, diesen Auftrag durchzuführen, weshalb Studenten für ein Betriebspraktikum engagiert wurde. Ich kann mir gut vorstellen, dass die Verwaltung diesen Antrag genauso behandelt. Man wird herausfinden, dass McKinsey, Boston Consulting Group und Roland Berger nicht in der Lage sind solche Analysen anzustellen, weshalb man sich darauf festgelegt hat im Rahmen der Projektwoche des Lessing-Gymnasiums zwei Schüler die Verwaltungsstruktur durchforsten zu lassen.

Es gibt die Anekdote von dem Unternehmensberater der im Konferenzraum eines Unternehmens das Ergebnis seiner Analyse vorstellt. Er fand heraus, dass das Unternehmen nur noch zu retten sei, wenn man beim mittleren Management kräftige Einsparung vornimmt. Daraufhin meldet sich einer der Zuhörer und meint: „Das ist völlig unmöglich. Das mittlere Management sind doch wir.“

Glauben Sie tatsächlich, dass eine von der Verwaltung beauftragte Unternehmensberatung herausfinden wird, dass die Verwaltung bisher ineffizient gearbeitet hat? Ich weiß, dass Sie eine christliche Partei sind, aber soviel Glauben traue selbst ich Ihnen nicht zu.

FDP

Die Liberalen

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Datum, 23.02.07

Stellungnahme zum SPD Antrag HHPI 2007

Für die Untersuchung des Altrheinschlammes auf Belastung werden 15.000€ in den HH 2007 eingestellt.

Die SPD Fraktion beantragt € 15.000 für Vorarbeiten zur Sanierung des Altrheines in den Haushalt 2007 einzustellen. Da kommt bei allen Altrheinnutzern wie Vereinen, Naturschützern, Naherholungssuchenden und Lampertheimer Bürgern Freude auf. Endlich tut da mal einer was, könnte man sagen. Leider, müssen wir sagen, ist dieser Antrag zu kurz gesprungen und bringt uns außer Kosten kein Stück weiter. Denn es gibt überhaupt kein Konzept, wie es in der Zukunft weitergehen soll.

Die FDP Lampertheim hat schon wiederholt auf die Komplexität und die Zusammenhänge einer Sanierung des Altrheines in einem zukunftsorientierten Konzept hingewiesen. Wenn wir wirklich, und da meinen wir alle Nutzer, Sporttreibende, Naturschützer und Bürger Lampertheims, die Sanierung des Altrheines wollen, dann müssen wir und einige Interessenvertreter über unseren eigenen Schatten springen und von lieb gewonnenen Vorbehalten und Forderungen Abstand nehmen. Aus der momentanen, aus der Zeitung zu entnehmenden Diskussion und Stellungnahmen scheint dies aber nicht der Fall zu sein.

Unsere grundsätzlichen Überlegungen gehen dahin, den Altrhein und sein Umfeld so umzugestalten, dass sowohl den Interessen der Naturschutzseite als auch der Sport treibenden Vereinen und den Naherholung suchenden Bürgern Rechnung getragen wird. Wir sind gerne bereit, € 15.000 für eine Voruntersuchung auszugeben. Dafür wollen wir aber vorher ein zukunftsorientiertes Konzept ausgearbeitet sehen mit einer klaren Zielsetzung wie es weiter geht. Mit der Rheindammöffnung am Neurhein eröffnen sich Möglichkeiten für eine nachhaltige Sanierung des Altrheines und zwar von der Einmündung des dann einfließenden Neurheinwassers bis zur Mündung. Das setzt z.B. auch voraus, dass das Heggewässer durch eine entsprechende bautechnische Umgestaltung der Biedensandbrücke geöffnet wird, um einen wirklichen Wasserfluss zu ermöglichen. Das würde der fortschreitenden Versauerung und Verschlammung durch vermoderndes Laub auf dem Grund und damit verbundenem Absterben der Wasserflora entgegenwirken. Des Weiteren böte sich die Möglichkeit durch entsprechenden Wasserfluss die jetzigen Sedimentablagerungen im Altrhein permanent abzutragen. Erfahrungen hierzu waren bei einer Veranstaltung In Karlsruhe zu hören. Das Ziel ist: Freude am Fluss und nicht weg vom Fluss. Unterlagen einer gelungenen Altrheinsanierung liegen der Stadt vor.

Können Sie sich vorstellen, dass wir eine durchgehende, für Ruderboote befahrbare Wasserfläche im Altrhein haben könnten? Also auch vom Bereich des neuen Altrheinzufusses bis zum Bogen nach dem WSV Gelände mit einer natürlichen Tribüne des neugestalteten Dammes? Dass auf der Fläche zwischen Biedensandstraße und Schwimmbad, also dort wo der ehemalige Knödlerweiher war, Einrichtungen für Naherholungssuchende oder Sporttreibende entstehen? Viele Ideen und gestalterische Möglichkeiten sind vorstellbar. Daher fordern wir erst ein Konzept und dann die Bereitstellung der Gelder.

Leider wurden die Chancen für eine unkonventionelle Maßnahme zur Ausbaggerung des Altrheines und Verklappung im Neurhein als fortführende Maßnahme der Industriehafenausbaggerung vertan. Statt in einem stillen Einvernehmen mit den damals mit dieser Aufgabe im Industriehafen betrauten Firmen und Behörden auch den Lampertheimer Altrhein in Angriff zu nehmen wurde mit lautem Getöse pressewirksame Öffentlichkeit vor der Kommunalwahl erzeugt mit dem Ergebnis, dass jetzt so ziemlich nichts mehr geht, weil nicht zu finanzieren. Nach den Stellungnahmen verschiedener Behörden können wir nicht mehr ohne Bodenproben und entsprechende Gutachten mit nachfolgender fachgerechter Deponierung bzw. Entsorgung des ausgebagerten Sediments mit einer Genehmigung rechnen. Und bezahlen müssen wir das auch noch selber, denn Bund und Land haben schon abgewinkt.

Daher fordern wir erst ein Konzept und dann Geldausgabe. Den Antrag können wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht unterstützen.

Helmut G.P. Hummel
- Stadtverordneter -

FDP

Die Liberalen

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Datum, 23.02.07

Änderungsantrag zum SPD-Antrag „Keine Sanierung der Trauerhalle in Hüttenfeld“

Die FDP-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt ein unabhängiges Gutachten für die Trauerhalle Hüttenfeld einzuholen, das die Sanierung und den Neubau vergleichend gegenüberstellt. Dabei ist eine Kostenvergleichsrechnung anzustellen, die auch die geschätzten Nutzungsdauern berücksichtigt. Die für den Vergleich notwendigen Rahmenbedingungen für beide Varianten wie z.B. behindertengerechte Toilette sind vor Auftragserteilung mit dem Seba abzustimmen. Bis zur Vorlage des Gutachtens sind keine weiteren Aufträge zu erteilen, die haushaltsrechtliche Folgen haben. Auf Basis des Gutachtens ist dann eine Entscheidung des SEBA und der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen. Die Finanzierung des Gutachtens ist aus den Planungsausgaben des Stadtbauamtes zu bestreiten.

Begründung:

Wir alle haben ein Interesse daran, dass es den Menschen in unserer Stadt einschließlich der Ortsteile möglich ist, sich angemessen von Ihren Angehörigen zu verabschieden. Dass die Trauerhalle in Hüttenfeld in einem schlechten Zustand ist wissen wir alle. Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger Tatenlosigkeit der SPD. Es ist müßig jetzt zum wiederholten male die schon hinreichend ausgetauschten Argumente zu wiederholen.

Neu ist die Tatsache auch nicht, dass wir eigentlich überhaupt kein Geld haben, weder für eine Sanierung und noch für einen Neubau. Nur hat sich die Situation noch verschärft und wir werden uns in einem Arbeitskreis mit der Haushaltskonsolidierung auseinandersetzen müssen. Ein Vorschlag des Rechnungshofes und auch im Papier der Verwaltung ist die Schließung von Friedhöfen, z.B. auch in Hüttenfeld.

Sie meine Damen und Herren der SPD wollen aber um jeden Preis Geld für einen Neubau ausgeben, Geld das wir eigentlich gar nicht haben. Auf der einen Seite fordern Sie in Ihrem Antrag Einsparungen im HH 2007 die Friedhofsgebühren zu erhöhen, um das Defizit um 140.000€ zu reduzieren, gleichzeitig tragen Sie zum weiteren Anstieg des Defizits im Bestattungswesen durch Ihren Antrag bei. Beim Karnevalsumzug haben Sie ein Schild getragen: Wir putzen den Haushalt. Da haben Sie wohl was verwechselt. Das hätte heißen müssen: Wir plündern den Haushalt.

Denn anders kann man Ihre Haushaltsvorstellungen nicht sehen. Sie sparen an den Kleinen, trauen sich aber nicht an die dicken Kostenbrocken heran. Und fordern gleichzeitig Geld dort auszugeben, wo wir erst mal feststellen müssen was unbedingt notwendig ist und wo wir das Geld hernehmen.

In der Diskussion in der SEBA hatten wir, zusammen mit anderen Kollegen, die Prüfung der Vergleichsvarianten: Sanierung und Neubau gefordert. Hier hat der SEBA Vorsitzende Martin Weihmann zuletzt bekundet, dass dieser Wunsch des SEBA nicht ausreichend in den Beschluss von Ihm einformuliert wurde.

Die FDP glaubt auf Basis dieses Änderungsantrags das versäumte „heilen“ zu können. Wir möchten daher alle Parteien bitten unseren Antrag zu unterstützen und die Prüfung mit Kostenvergleichsrechnung durch einen externen Gutachter nachzuholen um eine neutrale Bewertung zu erhalten.

Aber auch hier sollten wir keine Entscheidung treffen, bevor nicht der Arbeitskreis zur Haushaltskonsolidierung getagt hat.

Wir bitten Sie unseren Änderungsantrag zu unterstützen.

Helmut G.P. Hummel

- Stadtverordneter -

Stadtverordneter Thomas Bittner FDP zum Antrag SPD/Grüne Erhöhung Grundsteuer um 25%

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Antrag von Rot-Grün die Grundsteuer um 50 auf 250 Punkte also um 25 % zu erhöhen, erscheint auf den ersten Blick als möglicher Ansatz um die Haushaltslage zu verbessern. Doch beleuchten wir einmal was von Rot-Grün an Vorarbeiten geleistet wurde und was diese Steuererhöhung bewirkt.

Bereits zum Haushaltsplan 2005 wurde ein langfristig angelegtes Haushaltskonsolidierungskonzept auf den Weg gebracht. Leider ist durch die Kommunalwahl 2006 dieses nicht weiter verfolgt worden. Der neuen Regierungskoalition aus SPD und Grünen ist es in 11 Monaten noch nicht einmal gelungen eine einzige Sitzung dieses Arbeitskreises einzuberufen, geschweige denn zu handeln und dies obwohl gerade seit Anfang 2006 sich die Haushaltslage dramatisch verschlechtert hat. Hier müssen sich die SPD und die Grünen vorwerfen lassen nichts getan zu haben und die Probleme aussitzen zu wollen. Insofern sind bis heute die möglichen Einsparpotentiale nicht abschließend geprüft und statt dessen versucht man jetzt wieder dem Bürger in die Tasche zu langen, weil das einfacher und bequemer ist. Hier entwickelt sich die neue Lampertheimer Koalition immer mehr zum Rückschritt für Lampertheim. Diese Folgen haben wir leider alle zu tragen.

Bisher haben wir über die Grundsteuer B einen Standortvorteil gegenüber anderen Kommunen im Kreis Bergstraße. Durch die vorgesehene 25% Erhöhung wird Lampertheim gegenüber den meisten umliegenden Kreiskommunen teurer bzw. ist bestenfalls gleich teuer (gemäß Vergleich der Verwaltung von Anfang 2006 Bürstadt, Biblis, Einhausen, Groß-Rohrheim und Lorsch günstiger und Heppenheim und Viernheim gleich teuer). Insofern wird damit dieser Teilaspekt des Standortvorteils zunichte gemacht, obwohl wir doch die Ansiedlung junger Familien uns als Ziel gesetzt haben.

Kommen wir kurz zu den Einzelheiten: die Grundsteuer B betrifft bebaute Grundstücke. Insofern könnte man jetzt meinen damit würden die „Reichen“ zur Kasse gebeten, die über große Häuser verfügen und sich das leisten können. Aber die Grundsteuer wird in der Regel auf die Mieter umgelegt. Damit werden alle die Zeche zahlen, insbesondere auch die sozial Schwachen wie das alte Großmütterchen, das in den letzten Jahren vergeblich auf Rentensteigerung warten musste und bereits erhebliche Steigerungen der zweiten Miete durch höhere Brennstoff- und Abfallkosten hinnehmen musste. Insofern ist dieser Vorschlag mit einer Steigerung von 25 % politisch gesehen unlauter und in hohem Maße unsozial. Dafür stehen in Lampertheim die SPD und die Grünen mit ihrem Antrag, dies müssen wir so zur Kenntnis nehmen.

Ich appelliere daher an alle Stadtverordnete diese unsoziale Vorgehensweise nicht zu unterstützen und den vorliegenden Antrag entschieden abzulehnen, insbesondere solange Einsparmaßnahmen nicht restlos geprüft und ausgeschöpft sind.

FDP

Die Liberalen

FDP Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lampertheim

Datum, 23.02.07

Ergänzung zur Resolution and die Deutsche Bahn AG

Die FDP-Fraktion bittet folgende Ergänzung bei der vorliegenden Resolution

Text:

Des weiteren fordert die StVV und der Magistrat, dass die Anzahl der Güterzüge auf den beiden Strecken Bergstraße und Ried gleichmäßig aufgeteilt werden und zwar am Tag als auch in der Nacht.

Begründung:

Abgesehen von der betrüblichen Tatsache, dass die Deutsche Bahn 7 Fahrtenpaare auf der Strecke Biblis-Lampertheim-Mannheim weniger verkehren lassen will ist mit einer drastischen Zunahme des Güterverkehrs zu rechnen. War für viele Lampertheimer der derzeitige Güterverkehr schon enorme Belastung, so wird mit einer erheblichen Zunahme vor allem nachts zu rechnen sein. Dies nämlich dann, wenn ICE Züge in die freiwerdenden Lücken am Tage eingesetzt und Güterzüge mehr auf die Nacht verlegt werden. Schon jetzt haben wir auf der Riedstrecke die Hauptlast des Güterverkehrs zu tragen und diese wird noch ansteigen, je mehr ICE's auf anderen Strecken zum Einsatz kommen. Eine gleichmäßige Aufteilung auf die beiden Strecken an der Bergstraße und im Ried muss daher unsere Forderung sein.

Helmut G.P. Hummel
- Stadtverordneter -

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Lampertheim

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

EINGANG: 13.2.07 Gr.
Parlamentsbüro

Frau Stadtverordneten-Vorsteherin
Brigitte Stass
Stadthaus

68623 Lampertheim

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Telefon

Lampertheim,
13.02.2007

Sehr geehrte Frau Stadtverordneten-Vorsteherin,

wir beantragen, die folgende Resolution auf die Tagesordnung der StVV am 23.3.07 zu nehmen und zur Abstimmung zu stellen.

Resolution

Die Deutsche Bahn hat angekündigt, ab 10 Juni 2007 insgesamt 7 Fahrtenpaare auf der Strecke Biblis – Lampertheim – Mannheim zu streichen. Damit wird das bisherige Angebot deutlich reduziert: Von 48 Fahrten nach Mannheim auf 41 und von 47 Fahrten auf 40 in der Gegenrichtung.

Dies entspricht nicht den Interessen der vielen Pendler, die auf den ÖPNV angewiesen bzw. freiwillig vom Auto auf den ÖPNV umgestiegen sind. Insbesondere die immer stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten erfordert auch ein entsprechendes Angebot im ÖPNV.

Mit der beabsichtigten Reduzierung wird von der DB gerade noch garantiert, dass in den Betriebszeiten durchschnittlich 2 Züge pro Stunde fahren, wobei jedoch kein reiner Halbstundentakt gegeben ist. Sollten zukünftig nochmals Züge gestrichen werden, wird dieses Minimum unterschritten, was aus Lampertheimer Sicht keineswegs hinnehmbar ist.

Vor allem im Hinblick auf die vorgesehene S-Bahn im Ried muss das Angebot erhalten und später zu einem klassischen Taktverkehr geführt werden. Bei weiteren Streichungen ist auch zu befürchten, dass nach Einführung der S-Bahn wieder zurückgeholte Verbindungen zu finanziellen Lasten von VRN, Kreis Bergstraße oder Stadt Lampertheim gehen. Auch dieses wäre keinesfalls hinnehmbar.

Die StVV fordert deshalb den Magistrat der Stadt Lampertheim und den Kreisausschuss des Kreises Bergstraße auf, sich gemeinsam mit dem VRN bei der Deutschen Bahn für den Erhalt eines ausreichenden Fahrtenangebotes auf der Strecke Frankfurt – Biblis – Lampertheim – Mannheim und umgekehrt einzusetzen.

Die Begründung erfolgt mündlich!



Hans Hahn, Frakt. vors.